

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 28. September 1932

Nummer 78

Zur Verordnung vom 5. September

In der Annahme, daß die in der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ vom 5. September den Unternehmern unter willkürlicher Aufhebung der allgemeinen Vertragsstreue eingeräumte Ermächtigung einer je nach Mehreinrichtung von Arbeitern abgestaffelten Unterschreitung des Tariflohns für die 31. bis 40. Wochenstunde in erster Linie wenigstens den Zweck haben sollte, eine allgemeinere Einführung der Vierzigstundenswoche zu begünstigen, hatten wir mehrfach die Ansicht vertreten, daß Unternehmer, die bisher an einer längeren Wochenarbeitszeit festgehalten haben, von der Ermächtigung zur Unterschreitung des Tariflohns ausgeschlossen seien. Wie wir nun einem inzwischen erschienenen, „habamtlischen“ Kommentar zu dieser Verordnung (Sitzber. Goldschmidt) entnehmen mußten, trifft dies leider nicht zu. Es soll danach auch bei Wochenarbeitszeiten von über vierzig Stunden die Ermächtigung nach § 1 der Verordnung zur prozentualen Tariflohnunterschreitung für die 31. bis 40. Wochenstunde gegeben sein. Es soll aber dabei trotzdem verhütet werden, daß Betriebe, die von den Anträgen der Reichsregierung folgend, schon bisher eine Arbeitsstreckung vorgenommen haben, in Nachteil gegenüber solchen Betrieben kommen, die eine lange Arbeitszeit beibehalten haben. Für Betriebe letzterer Art ist daher in der Ausführungsverordnung vom 14. September eine Erhöhung der Bemessungszahl infolgedessen eingeführt, daß die längere Arbeitszeit in ein rechnerisches Verhältnis zur vierzigstündigen Arbeitswoche gesetzt wird. Hat z. B. ein Betrieb mit 100 Arbeitern in den Monaten Juni, Juli und August noch 48 Stunden gearbeitet und jetzt jetzt die Arbeitszeit auf 44 Stunden herab, so darf bei der Berechnung der erforderlichen Mehreinrichtungen für die Berechnung der zulässigen Tariflohnunterschreitung nicht von 100 Arbeitern, sondern von 100 und $\frac{1}{11}$, also von 109 $\frac{1}{11}$ Arbeitern ausgegangen werden; wird dann später noch auf die Vierzigstundenswoche zurückgegangen, so ist für die Berechnung der noch zulässigen Tariflohnunterschreitung nicht mehr von der Berechnungszahl der Vierundvierzigstundenswoche, sondern von jener für die Vierzigstundenswoche auszugehen, die für den gleichen Betrieb 120 Arbeiter erfordern würde; erst aus dieser Zahl wäre dann die prozentuale Mehreinrichtung für die Ermächtigung einer Tariflohnunterschreitung festzustellen. Die Sache ist also ziemlich kompliziert und verkompliziert. Was wir aber leider nicht ändern und nicht deutlicher machen können, da der Wortlaut der Verordnung nebst Ausführungsverordnungen usw. alles andere eher als einfach und klar gefaßt ist. Weshalb es schon aus diesen Gründen das Beste und Vernünftigste ist, wenn diesen, das bisherige Vertragsrecht in seinen moralischen Grundzügen unantastbar ersichtlichen Verrentungen des gefunden Menschenstandes von Arbeiterseite keinerlei Konzessionen gemacht werden. Wie widerspruchsvoll und unerträglich eine Verwirklichung dieser Berechnungsmethoden sich gestalten würde, ist aus folgender, dem schon erwähnten „habamtlischen“ Kommentar angepaßten Darstellung ihrer Auswirkungen allein für die in Frage kommende Unterschreitung des Tariflohns neben einer etwaigen durch Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit noch zu tragenden Kürzung des bisherigen gesamten Tariflohns zu ersehen:

Bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl nach § 1 der Verordnung vom 5. September um	Zulässige Unterschreitung des gesamten Tariflohns *) ohne Veränderung der bisherigen Arbeitszeit bei				
	48	44	40	36	32
	Wochenarbeitsstunden				
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
5 Proz.	2,08	2,27	2,5	1,67	0,63
10 Proz.	4,17	4,54	5,0	3,33	1,25
15 Proz.	5,25	6,82	7,5	5,00	1,88
20 Proz.	8,33	9,00	10,0	6,67	2,50
25 Proz.	10,42	11,36	12,5	8,33	3,13

* Bei dieser Berechnung ist die auf die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde entfallende Unterschreitung des Tariflohns auf den Gesamtarbeitslohn für die 40 Wochenarbeitsstunden in Prozenten umgelegt.

Die „Gewerkschaftszeitung“, Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, charakterisiert das sich aus dieser Verordnung ergebende Verfahren des Lohnabbaues in ihrer Nr. 39 vom 24. September mit berechtigtem Hohn wie folgt: „Wie wir hören, sucht die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bereits 100 000 akademisch

gebildete Mathematiker für die Lohnbüros. Angesichts der vom grünen Tisch angeordneten Verwirrung fällt es schwer, keine Satire zu schreiben. Aber es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß an dieser unmöglichen Regelung zugleich der Tarifvertrag stirbt, weil er seine Funktion, klares, durchsichtiges Recht zu schaffen, nicht mehr erfüllt. Oder soll für die Regierung diese Regelung bewußt eines der Mittel sein, den Tarifvertrag „aufzulockern“? Daß kein Betrieb den Rechenkunststücken der Verordnung folgen kann, weiß man mindestens im Arbeitsministerium. Anscheinend gibt man sich dort bei Hoffnung hin, Unternehmer und Arbeiter werden resigniert auf soviel Mathematik verzichten und von Fall zu Fall unter Verzicht auf den Tarifvertrag aus der glatten Falle den Lohnabzug vereinbaren. Das wäre natürlich die „Auflockerung“ des Tarifvertrags. Das werden die Arbeiter jedoch nicht mitmachen, sondern sie werden entsprechende Wege der Abwehr einzuschlagen wissen. Eines muß jedoch auch hier mit aller wünschenswertesten Deutlichkeit ausgesprochen werden: Glaubt die Regierung unter andern auch auf diesem Weg den Tarifvertrag „aufzulockern“, das heißt zerschlagen zu sollen, so ist es noch eine große Frage, wer mehr an der tarifvertraglichen Regelung des Lohnes und des Arbeitsverhältnisses interessiert ist, die Arbeiter oder die Unternehmer. Jedenfalls ist die Arbeiterchaft keineswegs auf Geheiß und Verderb mit dem Tarifvertrag verbunden. Hößt man ihn aus, wie es jetzt geschieht (und die in den nächsten Tagen zu erwartende besondere Ausführungsverordnung über den Abzug bei Affordbarkeit setzt diese Tendenz fort), so könnte eintreten, daß die Arbeiterchaft auf Tarifvertrag und Schlichtungsweisen (das ohnehin nur gegen sie gerichtet ist) pfeift... Sie (die Verordnung) macht die unmögliche Verordnung noch verberberlicher, denn sie fügt zu dem sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch gleich gefährlichen Lohnabbau noch die absolute Unberücksichtigung des Verfahrens und damit die Beseitigung des Tarifvertrags überhaupt. Es gibt keinen Grund, der diesen Einbruch der Regierung rechtfertigt.“

Dieser willkürliche Einbruch der Reichsregierung in das Vertragsrecht kann auch durch die vom Reichsarbeitsminister am 24. September über den Kundstund verkündete „Maßnahme“ an die Gewerkschaften zum Arbeitsfrieden nicht gerechtfertigt werden; ebensowenig durch den in dieser Kundgebung eingeschlossenen Hinweis, daß in dem gegenwärtigen Verhalten der Gewerkschaften eine Schädigung der Arbeitslosen liege. Denn wenn die Gewerkschaften in der sich ereignislos nicht wirkungslos Abwehr der tarifwidrigen Unterschreitung des Tariflohns durch die Arbeiterchaft in den einzelnen Betrieben keinen Verstoß gegen ihre tarifvertragliche Friedenspflicht erblicken, so schießt sich gerade diese Auffassung auf eine viel objektivere Respektierung dieser Pflicht als die durch die Verordnung vom 5. September einseitig gegebene „Ermächtigung“ für die Unternehmer zur Unterschreitung der Tariflöhne. Denn letztere legt den Arbeitern neben der Befastigung durch Lohnkürzung infolge Verkürzung der Arbeitszeit noch weitere Lasten auf, die keineswegs durch Bergewaltigung des allgemeinen Vertragsrechts eine unbedeutend maßgebende Rechtsgrundlage erhalten. Diese Auffassung steht auch nicht im Widerspruch mit der gewerkschaftlichen Forderung einer allgemeinen Einführung der Vierzigstundenswoche, wie sie dieser Tage erst im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes von den Vertretern der deutschen Arbeiterchaft vertreten wurde. Denn gerade die Ablehnung einer vertragswidrigen Unterschreitung des Tariflohns soll und kann der Arbeiterchaft die ihr durch die Arbeitszeitverkürzung erwachsene Lohnkürzung, die angesichts des heutigen niederen Lohnniveaus eine besonders tief einschneidende ist, erleichtern und nicht noch mehr erschweren. Die Gewerkschaftsmitglieder sind bereit, die Lohnopfer aus der von ihnen selbst geforderten Arbeitszeitverkürzung zugunsten einer entsprechenden Wiedereinrichtung ihrer arbeitslosen Kollegen in den Produktionsprozess auf sich zu nehmen. Für diesen Zweck erkennen die Gewerkschaften trotz erbitterter Verschlechterung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder durch Einkommensminderung infolge der Arbeitszeitverkürzung ihre tarifliche Friedenspflicht an, wenn, wie in unserm Tarifvertrag, über die Kurzarbeit Bestimmungen bestehen, nicht aber für eine noch weitergehende Senkung der Tariflöhne, die ja nicht nur die bisher beschäftigten, sondern auch noch die neu in den Produktionsprozess eintretenden Arbeiter betreffen würde. Die Ansicht, des

Reichsarbeitsministers, daß die Ausnützung der durch die Verordnung gegebenen Ermächtigung zur Unterschreitung des Tariflohns die volle Erfüllung der tarifvertraglichen Verpflichtung seitens der in Frage kommenden Unternehmer bedeute, ist weder moralisch noch vertragsrechtlich einwandfrei; sie fügt sich auf „Rechtsbegriffe“, die eine bedenkliche Gefährdung aller tatsächlichen Rechtsgrundlagen bedeuten. Selbst bedeutende Rechtslehrer wenden sich gegen diese unmögliche Durchbrechung des Vertragsrechts. So schreibt der bekannte Universitätsprofessor und Kommentator des Arbeitsrechts Dr. Hoeningher u. a.: „Wo sollen die Parteien wirklich selbst verantwortlich Tarifverträge schließen, wenn ohne, ja gegen ihren Willen der Tarif durch Staatseingriff aufgelockert werden kann?“ Die Verordnungsmäßnahme hat als gefehleberlicher staatspolitischer Akt nur diktatorischen aber keinen verfassungsmäßigen Charakter, und zwar mit allen wirtschafts- und sozialpolitischen Gefahren, die weder dem heutigen und durch die Verordnung geschützten Wirtschaftssystem, noch einer vernünftigen Sicherung der tarifvertraglichen Friedenspflicht dienen können; selbst dann nicht, wenn man die daraus resultierende Abwehr der Gewerkschaften durch staatspolitische Maßnahmen gewaltsam unterdrücken würde. Denn die Tatsache, daß diese ganze Verordnung vom 5. September auf einer politischen Basis aufrechterhalten werden soll, für die Reichsregierung durch die Zustimmung des Deutschen Reichstags vom 12. September mit 513 gegen nur 32 Stimmen das verfassungsmäßig erforderliche Vertrauen versagt worden ist, kann auch durch die deshalb erfolgte Reichstagsauflösung nicht aus der Welt geschafft werden. Sie wird sicher durch den beantragten Volksentscheid und jedenfalls auch durch das Ergebnis der nächsten Reichstagswahlen nur noch unterstrichen werden.

Die Löhne in der Krise

Die letzte große lohnstatistische Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes in der September-Nummer der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ enthielt für etwa zehn Länder Nominallöhne, wie sie in den einzelnen Bezirken oder Gewerbebezirken gezahlt werden. Es handelt sich überwiegend um Stundenlöhne, da hier die Unterschiede zu den Affordrängen nicht so stark in Erscheinung treten, als wenn man die Löhne für andre Zeiteinheiten auswählt. Die Einteilung der Berufe und Industrien ist vom Internationalen Arbeitsamt nicht verändert worden, sondern es ist lediglich die in den Statistiken der einzelnen Länder übliche Bezeichnung der Zahlenreihen verwandt worden. So wünschenswert auch eine Vereinheitlichung hier wäre, so unmöglich ist doch die praktische Verwirklichung, da in den einzelnen Ländern ganz verschiedene Berufsgruppen jeweils unter einer Bezeichnung, wie etwa „Textilindustrie“, zusammengefaßt werden. Aus dem sehr ausführlichen Zahlenmaterial lassen sich hier nur einige kurze Stichproben anführen, wobei besonders betont sei, daß ein Vergleich der Löhne von Land zu Land nicht möglich ist. Man kann lediglich aus den Zahlen ablesen, wie sich die Löhne im Verlauf eines bestimmten Zeitraumes innerhalb der genannten Industrie selbst entwickelt haben. Die hier getroffene Auswahl ist zum Teil auch dadurch bedingt, daß nicht für alle Länder Zahlen für denselben Zeitraum oder für annähernd die gleiche Industriegruppe vorhanden sind.

Betrachtet man z. B. die Textilindustrie, so ergibt sich, daß die Stundenlöhne für gelernte und angeleitete Arbeiter in Deutschland betragen: am 1. Juli 1928 72,9 Pf., am 1. Juli 1930 70,1 Pf., am 1. April 1931 71,8 Pf., am 1. Januar 1932 65,6 Pf., am 1. April 1932 65,4 Pf., d. h. also, seit 1928 sind die Stundenlöhne bis 1930 um rund 4 Pf. gefallen und dann seit 1930 beständig insgesamt 10,7 Pf. gestiegen.

Die Stundenlöhne in der italienischen Textilindustrie beliefen sich im Juli 1928 auf 1,61 Lire, sie erreichten im Juli 1929 mit 1,60 Lire ihren höchsten Stand und fielen dann sehr schnell bis Juli 1931 auf 1,40 Lire und weiter bis April 1932 auf 1,43 Lire.

Für die Vereinigten Staaten besteht eine Statistik, die zusammenfassend die Textilindustrie darstellt, nicht. Es sei daher hier die Zahlenreihe für die Strick- und Wirkwarenindustrie herangezogen, um die Lohnentwicklung zu zeigen.

Es handelt sich um durchschnittliche Stundenverdienste, wie sie vom „National Industrial Conference Board“, einer Arbeitgeberorganisation, erhoben werden. Von 1914 ab sind die durchschnittlichen Stundenverdienste bis 1929 auf 0,497 Dollar gestiegen (1914 — 0,178 Dollar). Von da ab haben sie sich stufenweise aber regelmäßig nach unten bewegt. Im zweiten Vierteljahr 1931 betragen sie noch 0,402 Dollar, im März 1932 0,422 und im Mai 1932 0,300 Dollar. Die Abwärtsbewegung der Löhne ist also auch hier außerordentlich auffallend.

Ganz anders ist die Lohnentwicklung in Dänemark verlaufen. Hier betragen die durchschnittlichen Stundenverdienste erwachsener Arbeiter in der Textilindustrie 1914 42,5 Ore, 1927 123 Ore. Auf diesem Stand haben sie sich bis 1930 gehalten und sind dann 1931 bis auf 125 Ore gestiegen. Es läßt sich übrigens aus den für Dänemark angeführten Zahlen erkennen, daß bis 1931 nur ganz geringfügige Lohnveränderungen zu verzeichnen waren, und zwar in vielen Fällen Veränderungen nach oben.

Da die Statistik, wie sie das Internationale Arbeitsamt diesmal veröffentlicht, zahlreiche Berufs- und Industriegruppen umfaßt, läßt sich aus ihr nicht nur die Entwicklung in den Konsumgüterindustrien, sondern auch in anderen ablesen, die, wie etwa die Bauindustrie, in manchen Ländern von der Krise besonders stark betroffen sind. Im Baugewerbe betragen sich die durchschnittlichen Stundenlohne in Deutschland am 1. Juni 1928 für gelehrte Arbeiter auf 110,6 Pf. Sie stiegen bis 1930 (1. Juli) auf 125,2 Pf. und sind dann zunächst bis Oktober 1931 langsam auf 112,9 und dann sehr schnell bis April 1932 auf 102,9 Pf. gefallen.

Die durchschnittlichen Stundenverdienste in der Bauindustrie in Italien hatten folgende Entwicklung: Juli 1928 2,37 Lire; Juli 1930 2,34 Lire; Juli 1931 2,10 Lire; April 1932 2,07 Lire.

Für Großbritannien stehen keine Stundenlohne, sondern nur einfache Durchschnittswerte typischer Wochenlohne zur Verfügung. Für Maurer belief sich der durchschnittliche Wochenlohn im Juli 1914 auf 40 sh 7 d; den höchsten Stand erreichte er im Dezember 1927 mit 74 sh 1 d. Von da ab ist bis Dezember 1931 ein Rückgang bis auf 60 sh 1 d zu verzeichnen.

Im Oktober 1928 hatten die Maurer in Paris einen durchschnittlichen Stundenlohn von 5 Fr. Dieser stieg bis Oktober 1931 auf 6,50 Fr. Die Angaben in der Statistik über Frankreich sind nicht so weit ausgelebert, daß sich die Entwicklung nach Monaten daraus ablesen ließe.

Für den Steinkohlenbergbau gibt die Statistik folgende Höhe der Stundenlohne an: Für Deutschland im Juli 1928 (gelehrte Arbeiter) 118 Pf.; der höchste Stand wird am 1. Juli 1930 mit 120,8 Pf. erreicht und der niedrigste am 1. April 1932 mit 95,8 Pf.

Die durchschnittlichen Stundenverdienste in Italien bewegten sich für die Industriezweige Bergbau und Steinbrüche von 2,40 Lire im Juli 1928 (ihrem höchsten Stand) bis auf 1,92 Lire im April 1932.

Die Durchschnittsverdienste je Woche für alle Arbeiter einschließlich der Frauen und Jugendlichen betragen im Steinkohlenbergbau Großbritanniens und Nordirlands im Juli 1910 6 sh 5 1/2 d. Sie erreichten im April 1926 ihren höchsten Stand mit 10 sh 5 1/2 d und sind seitdem bis zum 31. Dezember 1931 auf 9 sh 6 1/2 d gesunken.

Im allgemeinen deuten die vom Internationalen Arbeitsamt zusammengestellten Zahlen darauf hin, daß die einzelnen Berufsgruppen in den Jahren 1926 bis 1927 den höchsten Lohnstand erreichten, und daß seitdem die Löhne unaufhörlich gefallen sind. Es gibt auch Länder, wie z. B. Dänemark, in denen die Lohnentwicklung einen andern Verlauf genommen hat, aber im allgemeinen läßt sich sagen, daß kein Land und kein Beruf in der Wirtschaftskrise von sinkenden Löhnen verschont geblieben sind.

Konjunkturwende in der Welt?

Ist die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Sicht? Das Mittelstadium, ob diese fürchtbare Wirtschaftskrise, die an Wucht und Schärfe alle früheren Krisen in den Schattens stellt und die der Welt eine Produktionskrümmung und Arbeitslosigkeit von nie dagewesenen Umfang bescherte, sich ihrem Ende nähert, wird eifrig betrieben. Es werden die Zeichen aufgepäht, die für die bevorstehende Konjunkturlinse sprechen.

In der Tat ist eine Deutung der Tatsachen möglich, die die Annahme eines Konjunkturlinse befähigen. Ihnen können allerdings andere Tatsachen gegenübergestellt werden, die für das Gegenteil sprechen. Zudem ist es sehr schwer, das besondere Gewicht der einen oder der anderen Tatsache, die zur Bekräftigung der These der bevorstehenden Krisenüberwindung angeführt wird, richtig abzuwägen.

So wird von einer Erleichterung der politischen, der handelspolitischen, der kredit- und währungsrechtlichen und auch der weltwirtschaftlichen Lage überhaupt gesprochen, von einem Zusammenreffen all jener Momente, die für die Krisenüberwindung erforderlich sind. In der allgemeinen Politik werden als günstige Ereignisse ausgelegt: die Konferenz von Lausanne, die die Reparationsfrage regelte, die Konferenz von Ottawa, die die Erleichterung des internationalen Handels nicht in dem Umfang brachte als vielfach erwartet wurde, die kürzlich abgehaltene Konferenz der osteuropäischen Agrarländer in Strefa, von der die Besserung der Lage dieser Länder erwartet wird, die Ausichten auf die Streichung der internationalen

Kriegsschulden gleich nach der amerikanischen Präsidentenwahl. Der Weiterfolg der Abrüstungskonferenz, die neuen politischen Pläne in Verbindung mit der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung bzw. Aufrüstung, schufen allerdings neue Spannungsmomente, deren Tragweite für die Weltwirtschaft noch nicht beurteilt werden kann. Selbst auf dem Gebiet der Handelspolitik will man Zeichen einer Entspannung erblicken, obwohl bis zuletzt überwiegend Maßnahmen zur weiteren Einschränkung des internationalen Verkehrs vorherrschten. Neuerdings treten jedoch auch in der Handelspolitik Kräfte in Erscheinung, die die Erweiterung des internationalen Warenaustauschs zu fördern geeignet sind. Wie immer man die politische oder die handelspolitische Weltlage beurteilt, die Berufung auf die Erleichterung der internationalen Kredit- und Währungsfrage entbehrt nicht der Berechtigung. Man kann wohl sagen, daß die internationale Kreditfrage weitgehend überwinden ist, wenn auch die internationalen Kapitalbewegungen noch stöden und deren Wiederaufnahme in der Ferne liegt. Auch von der Seite der Währungsfragen werden keine neuen Erschütterungen erwartet. In Amerika und in den westeuropäischen Ländern herrscht, zum Teil künstlich hervorgerufen, eine starke Geldfülle, die bereits auf den Kapitalmarkt übergriff und zur starken Steigerung sowohl der Aktienkurse wie der Anleihen führte. Die Geldfülle ermöglicht in den Ländern, die unter einer starken Krise ihrer Staatsfinanzen litten, einmal die Deckung der wachsenden Staatsdefizite durch vorteilhafte Staatsanleihen, zum andern die Konversion eines großen Teils der englischen Staatsschuld, die nicht nur für die Staatskasse Ersparnisse bedeutete, sondern auch für die Befreiung des Kapitalmarktes von Bedeutung sein kann. Eine ähnliche Konversion der Staatsschulden wird zur Zeit in Frankreich vorbereitet. Zwar ist eine Befreiung des Kapitalmarktes durch Neuemissionen noch nirgends zu verzeichnen, jedoch wurde durch die Steigerung der Kurse für Wertpapiere die Kreditlage erleichtert, indem die ausstehenden Bankkredite durch die Wertpapierunterlagen besser gesichert erscheinen. Es zeigen sich auch schon in der Wirtschaft Zeichen bevorstehender Konjunkturerleichterung. Die Vorräte sind zwar noch für zahlreiche Waren sehr hoch, jedoch, wie überhaupt wird, nur die sichtbarsten, d. h. statistisch erfaßten Vorräte; während die Vorräte bei den Fabrikanten und Händlern bereits sehr stark zurückgenommen sind. Aberhaupt wurde für viele Produkte die Anpassung, des Produktionsumfangs an den verminderten Verbrauch, die Anpassung der Herstellungskosten an die verminderten Erlöse durchgeführt, so daß derart die sog. „Reinigung“ der Wirtschaft bereits erfolgt sei. Uns besonders wichtig für die Erleichterung der Wirtschaftskrise wird die Preissteigerung für Rohstoffe und Lebensmittel für den letzten Monat bezeichnet, die gerade die Lage jener Rohstoff- bzw. Agrarländer, die von der Weltwirtschaftskrise am schwersten und am längsten in Mitleidenschaft gezogen waren, zu verbessern vermöchte. Einleuchtend wird als eine wichtige Tatsache die klimmungsunfähige Änderung, die zur Wiederkehr der Unternehmungskrisis führen könnte, hervorgerufen. Einmal unter dem Eindruck der angeführten Tatsachen, zum andern aus einem natürlichen Selbsterhaltungstrieb heraus erstreckte die Unternehmer, der Krise müde geworden, die psychischen Antriebskräfte zur Produktionsverengung, die sie zwar praktisch noch nicht betätigten, die aber vielleicht nicht mehr lange auf sich warten läßt.

Im nun die Bedeutung dieser jedoch angeführten Tatsachen zu erfassen, möchten wir, statt die einzelnen Tatsachen zu zerpfücken und auf ihre Genauigkeit hin zu prüfen, — eine schwere und nicht sehr fruchtbare Aufgabe! — uns auf den Ursprung und auf die Eigenartlichkeiten dieser Wirtschaftskrise besinnen. Wir waren in der Meinung, daß diese Krise, trotz ihrer ungeheuren Schärfe, die letzte Krise sei, daß sie dem Kapitalismus das Lebensstift ausblasen werde. Wir vertraten stets die Ansicht, daß diese Krise, wie auch die früheren Krisen des Kapitalismus, überwinden werden kann. Wir meinten damit, daß es im Kapitalismus stets noch Kräfte gab und auch noch gibt, die die Krise überwinden helfen, und daher wird der Kapitalismus, solange die Kräfte, die ihn befehligen wollen, für die ganze kapitalistische Welt gesehen, nicht stark genug sind, die Krise überwinden. Allerdings werden, wenn die Überwindung der Krise mit rein kapitalistischen Mitteln erfolgt, gleichzeitig schon die Keime kommender neuer Wirtschaftskrisen gezeugt.

Sind wir demnach der Meinung, daß auch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise überwinden werden kann, so können wir uns nicht vorstellen, daß diese Überwindung bereits bevorsteht, oder daß sie in kurzer Zeit erfolgen kann. Ein neuer Aufschwung wurde im Kapitalismus stets von einer starken Zunahme der Anlagefähigkeit eingeleitet. Gewöhnlich war es die Anwendung großer Erfindungen, wie der Elektrizität oder selber die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, die die kapitalistischen Wirtschaftskrisen zu überwinden halfen. Solche neuen Erfindungen sind heute nicht in Sicht, und sofern Erfindungen des technischen Fortschritts in der nächsten Zukunft zu verstärkter Produktion Anlaß geben werden, liegt es zu befürchten, daß sie einen „ungünstigen technischen Fortschritt“ — um einen Begriff von Professor Leberer zu verwenden — darstellen werden, d. h. einen solchen, der nicht neue Bedürfnisse weckt, sondern nur alte erfüllt, und zwar derart, daß dadurch Arbeitskräfte freigesetzt werden. Wir müssen weiterhin bedenken, daß diese Krise auf die Periode einer gewaltigen Rationalisierung folgte, die auch während der Krise fortgesetzt wurde. Selbst wenn wir wieder einen Produktionsumfang haben würden, wie in der Zeit der Hochkonjunktur,

könnten die Arbeitskräfte, die durch die Rationalisierung freigesetzt wurden, noch keine Beschäftigung finden, da doch die frühere Produktionsmenge heute mit viel geringeren Kräften erzeugt werden kann. Um diese Arbeitskräfte in der Produktion unterzubringen, bedarf es einmal der Anlagemöglichkeiten, zum andern des Kapitals. Die Kapitalbildung jedoch, die dazu erforderlich wäre, kann nicht mit den Mitteln erreicht werden, die in der Krisezeit verfloßt wird. Zum ersten Male in dieser Krise sank in Deutschland, in Amerika und auch in vielen andern Ländern die Gesamtlohnsumme stärker als die Preise. Daraus entstand, im Gegensatz zu früheren Krisen, eine starke Schwächung der Massenaufkraft und eine Verschärfung der Abfahrtskurve. Einen Ausweg bietet da allein die Stärkung der Massenaufkraft, die es zunächst ermöglichen könnte, daß der Wuch in die gewaltig ausgebreitete Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen und der Arbeitskraft allmählich hineinwächst und daß gleichzeitig auch die zu neuen Anlagen erforderliche Kapitalbildung stattfindet. Die gegenwärtige Methode von Lohnsenkungen, die größer sind als die Preissteigerung, vermehrt nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern verhängt auch die Kapitalbildung, sie verursacht letzten Endes sogar Substanzverluste der Produzenten. Da der gegenwärtige Augenblick, wo die angeführten Zeichen einer Konjunkturbefreiung sich zeigen, in Deutschland und in andern Ländern zusammenfällt mit einer politischen und sozialen Reaktion, so entsteht daraus die konjunkturpolitisch äußerst ungünstige Lage, daß die Preise, vor allem die Rohstoffpreise, in der Weltwirtschaft anstiegen, während die Löhne weiter sinken, so daß die geschädigte Kräfte noch größer wird.

Aus allen diesen Gründen müssen wir zur Überwindung gelangen, daß es unbegründet ist, die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in kurzer Zeit zu erwarten. Im allerbesten Fall wird dieser Prozeß, selbst wenn die angeführten Zeichen wirklich so bedeutungsvoll sind, wie sie vielfach hingestellt werden, nur sehr langsam zum Wiederanstieg der Wirtschaft und zur Behebung der Arbeitslosigkeit führen. Allerdings ist auch eine leichte Erholung gegenüber heute bereits eine Besserung, ja man könnte wohl sagen, schon das Abstoppen des Schrumpfungprozesses der Wirtschaft. Wird aber der reaktionäre Kurs beibehalten, werden sich auch die innen- und außenpolitischen Spannungen weiter verschärfen, so bleiben jene Zeichen der Konjunkturbefreiung ohne Bedeutung, und sie werden nicht einmal den Schrumpfungprozeß aufhalten. Der Rückschlag wird auch auf den Gebieten, auf welchen wir heute eine Erleichterung feststellen können, nicht ausbleiben. U. S.

Achtung! Reichskuratorium für Jugenderleichterung

Wiederum hat man eine Sache vom Stapel gelassen, welche man doch nicht so unbedacht vorübergehen lassen darf! Der Reichspräsident hat „Krisen-“ Hilfe herausgegeben, vom Reichskanzler und Reichsinnenminister unterschrieben, in welchem ein „Reichskuratorium für Jugenderleichterung“ unter Vorsitz des Reichsministers des Innern gebildet wird.

Für uns Jugendlichen ist die Sache etwas geheimnisvoll, jeder muß sich doch sagen, daß da noch etwas dahinter steckt, womit man nicht lediglich an die Öffentlichkeit will. Haben wir nicht genug Vereine und Verbände, welche die Jugend zu tätigen Leuten heranbilden will? Warum nimmt sich jetzt auf einmal die Regierung unser an. Sieht sie etwa in uns ein verkommenes Regiment, welches sie glaubt wieder auf die richtige Bahn bringen zu müssen?

Vor allen Dingen soll dieses Kuratorium die körperliche Ausbildung der Jugend betreiben. Hierbei soll nicht in die Freiheit der schon bestehenden Verbände oder Vereine für Turnen und Sport eingegriffen werden, sondern man will diejenigen Verbände zusammenschaffen, welche den Sport nicht als erste Notwendigkeit betrachten, sondern vielmehr Wert auf die geistige Ausbildung legen. Dieses Reichs Kuratorium legt aber den größten Wert auf die Sportart, welche sich bei uns mit der Bezeichnung „Geländesport“ eingebürgert hat. Der Jugendliche soll hinausgeführt werden und soll in Selbstbesserung, Kameradschaftlichkeit, Opferbereitschaft, Liebe zum Vaterland und zur Heimat erzogen werden.

Haben wir nicht eine Jugend, welche durch Wanderungen den Kameradschaftsgeist fördert oder durch Turnen und Sport den eignen Körper stärkt, ist etwa Geländesport ein besseres Mittel zur Jugenderleichterung? Etwa das, was im Rindermund mit dem Namen „Krieg spielen“ bezeichnet wird? Die Reichswehr hatte vor kurzem ihre Manöver beendet, sollen wir dies „im kleinen“ nachmachen und mit in den Geländesport einreihen? Sollen wir, was selber schon vorgekommen ist, unsern Tornister oder Rucksack voll Ziegel- oder Pflastersteine packen lassen und einen Gepäckmarsch durchs Gelände von einigen Kilometern machen, um so unsern Körper zu „stärken“?

Nein! Wir stärken unsern Körper zu unsern eignen Nutzen. Wir gehen den Weg, den man uns von gewerkschaftlicher Seite zeigt, denn Körper und Geist müssen zusammengehören werden, keins von diesen beiden Teilen darf in den Hintergrund gestellt werden. Leider legt dieses Kuratorium auf die geistige Ausbildung des Jugendlichen anscheinend keinen Wert, vielmehr scheint der Weg dahin zu führen, um durch körperliche Ausbildung dem Staat das Maßkrat zu stärken oder um etwas zu schaffen, was längst vergangenen Zeiten angehört.

Dies alles aber könnte den Eindruck erwecken, als wenn etwas im Begriff ist zu versinken, sich aber mit letzter Kraft

an einen schwimmenden Strohhalm festklammert, um sich noch daran zu halten. Aber trotzdem lassen wir kein Auge von der Entwicklung dieser Dinge ab, vielmehr im Gegenteil und vor allem Jugend, Augen auf, was mit dir geschieht!

E s s e n.

W. B u n s e.

In einem Erlass vom 13. September beruft der Reichspräsident ein Reichsuratorium für Jugendberufshilfe, „um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Erhaltung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen.“ Weiterhin heißt es in dem Erlass: „Die Stärkung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen der Staat die Pflicht hat.“ Zur Erfüllung dieser Aufgabe sollen alle Vereinigungen, „die schon bisher sich diesen Wert an der deutschen Jugend gewidmet haben,“ herangezogen werden.

Weitere Einzelheiten über die Pläne des „Reichsuratoriums für Jugendberufshilfe“, als dessen Vorsitzender der Reichsinnenminister und zum geschäftsführenden Präsidenten General a. D. Stülpnagel bestellt worden sind, sind inzwischen bekannt geworden. Danach werden voraussichtlich für die Teilnahme an den Sportkursen die Jahrgänge von 18 bis 20 Jahren in Frage kommen, die auf 17 Lager verteilt und durchschnittlich 200 Teilnehmer umfassen sollen. Als Lager sollen freizeitlebende Gutshöfe, ehemalige Truppenübungsplätze usw. errichtet werden.

Die Richtlinien für die Ausbildung der Teilnehmer verlangen Gewöhnung an Kameradschaft, Ordnung, Körperpflege und Disziplin, in bezug auf Körperausbildung Gymnastik, Turnen und Leichtathletik. Die Geländeübungen, wohl der eigentliche Ausbildungszweck, sollen mit 25 Pfund schwerem Gepäck durchgeführt werden. Vorgesehen sind weiter Entfernungsfahrten, Geländebeurteilung, Sanbhubung der gebräuchlichsten Nachmittelsmittel, Fernsprechen, Blinken usw. Jedoch soll eine Waffen Ausbildung nicht in Frage kommen.

Wie die Benennung der Teilnehmer vor sich gehen soll, ist noch höchst unklar. Es wird davon gesprochen, daß dies Sache der Verbände sein soll. Diese Möglichkeit ist aber noch (höchst) ungewiß. Als weitere und wichtigste Frage entsteht folgende: Soll die Teilnahme an einem Sportkursus auf der Freiwilligkeit beruhen? Will man bei etwa nicht genügender Beteiligung zu Zwangsmaßnahmen greifen, um die Jugend zu ertüchtigen? Bei Ja-Papen ist nichts unmöglich.

Uns alledem ergibt sich, und die Bestellung des Generals a. D. Stülpnagel, der bis vor kurzer Zeit noch der Reichswehr angehörte, als geschäftsführenden Präsidenten bietet die Gewähr, daß es um nichts andres als um die Militarisierung, um die nationalstaatliche Herbeiführung der Jugend geht. Es wird kein Zweifel darüber gelassen, daß als Lehrez-zühtere Offiziere in Aussicht genommen sind, über deren Gesinnung wiederum kein Zweifel besteht. Für die Erhaltung der Jugendlichen werden sie schon in ihrem Sinn Sorge tragen. Der alte Preußengeist, der ohne Drill und Kadavergehorsam nicht denkbar ist, soll wieder auf-erfrischung finden, damit scheint ein langgehegter Plan der Reaktion Wirklichkeit zu werden.

Erhaltung der Jugend? Jawohl! Aber muß sie einen militärischen Beigeschmack haben. Kann heute überhaupt von einem Mangel an körperlicher Erhaltung der Jugend gesprochen werden, wo die Überzahl der Jugendlichen mehrfach Turn- und Sportvereinen, Touristen- und Wandergruppen usw. angehört. Ja, wurde und wird heute nicht noch gegen die Jugend gesprochen, weil sie in ihrer „Sportveressenheit“ andre, wichtigere Belange beiseite schiebt?

Die Jugend verlangt Arbeit! Sie ist gegen Uniform und Soldatenpielererei, die ihre Not und ihr Elend nicht be-seitigen können. Die beste Erhaltung findet die Jugend nicht in neuen Lagern und Kursen, sondern nur durch Beschaffung von Arbeit!

K u l e.

Korrespondenzen

Braunschweig. In unserer Bezirksversammlung am 4. September hielt der Bezirkssekretär des Bezirkes Niederachsen vom **W. D. W. B r e n n e k e** (Hannover) ein Referat über das zur Zeit aktuelle Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht“. Der Vorsitzende beauftragte den vom Gauvorstand vollzogenen Ausschluß von drei der Nazi-partei angehörenden Mitgliedern. Dem Rastterer wurde für die Abrechnung vom zweiten Quartal 1932 einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf nahm der Referent das Wort. Nach anderthalbstündigen Ausführungen kam er zu dem Schluß, daß infolge der wirtschaftlichen Notlage gegen die Beteiligung einiger Jugendlichen am Freiwilligen Arbeitsdienst nicht eingeschritten werden kann, während die Arbeitsdienstpflicht von den Gewerkschaften abgelehnt wird, sie widerspreche der Kultur, verurache hohe Kosten und sei ein Mittel zur Bekämpfung des Arbeits- und Tarifrechts sowie der Sozialversicherung. Reichler Beifall und größte Auf-merksamkeit lobten dem Referenten für seine von Sachkenntnis getragenen Ausführungen. Der Vorsitzende dankte ihm für seine vortrefflichen Ausführungen und stellte für die nächsten Versammlungen ähnliche aktuelle Vorträge in Aussicht. Unter „Verschiedenem“ berichtete der Vorsitzende im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft über Verhandlungen mit dem Rat der Stadt zwecks Abhaltung von Kursen für die Arbeitslosen in der Kunst-gewerbeschule und hob hierbei das Entgegenkommen des Rates besonders hervor. Ein Appell an die Kollegenschaft, ihre Einkäufe im Konsumverein zu machen sowie regelmäßig unsere Versammlungen zu besuchen, bildete den Ab-schluß der Versammlung.



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Alois Dobner in München
Eingetreten in Neumünster 1. Oktober 1872 — Jetzt Invalide

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Richard Scheele in München
Eingetreten: 17. Juli 1882
Jetzt Invalide



Alex. Hofmann in München
Eingetreten: 27. August 1882
Odenburg (München)



Georg Müller in München
Eingetreten: 28. August 1882
Jetzt Invalide



Emil Lips in München
Eingetreten: 16. Oktober 1882
Jetzt Invalide



Jos. Enzberger in München
Eingetreten: 26. September 1882
Jetzt Invalide



Joseph Friedrich in München
Eingetreten: 6. November 1882
Jetzt Invalide



Bremen. (Maschinenseher.) Die diesjährige **W a n d e r v e r s a m l u n g** des Maschinensehervereins „Nordwest“ (Sieg Bremen) fand am 28. August in Odenburg i. D. statt. Bei der Ehrung der sieben Jubilare, von denen fünf erschienen waren, dankte ihnen Vorsitzender **B a r k h a u s e n** für ihre treue 50-jährige Mitgliedschaft. Leider war ein Jubilar infolge Krankheit verhindert, während der andere als **M. D. R.** infolge beschränkter Zeit nicht erscheinen konnte. Mit dem Wunsch, daß den Jubilaren für die Zukunft Gesundheit und ein

fortgenossenes Dasein beschieden sein möchten, klangen die Worte aus. Jedem Jubilar wurde ein Belt überreicht. Die Verammlung ließ es sich nicht nehmen, ein Hoch auf die Gefeierten auszubringen. Im Namen der Jubilare dankte Kollege **B o t t** (Odenburg) in herzlicher Weise. Anwesend waren außer unserem Gauvorsteher Kollegen **J i s e p h** der Vorsitzende des Bremer Bezirksvereins, Kollege **M e n s i n g** vom Odenburger Bezirksverein sowie Vertreter der Sparten aus Odenburg. Der Vorsitzende ging bei seiner Berichterstattung von den Verhältnissen am Worort Bremen aus, um dann die Lage im Gau zu schildern. Um Kündigungen zu verhindern, hätten viele Kollegen die Kurzarbeit vorgezogen. Durch Kürzung der Aufträge für Schichtarbeit, durch Verschiebung von Schichten usw. seien viele Kollegen empfindlich abgebaut worden. Die Parole „Sparen“ in den Betrieben beziehe sich in der Hauptsache auf den Lohn der Kollegen. Das Bild im allgemeinen sei so, daß infolge all der geschichtlichen Verschlechterungen eine große Erbitterung in unsern Kreisen herrsche. Einigkeit sei notwendiger denn je. Auch die Stimmen der nun folgenden Redner klangen dahin aus, trotz der schweren Zeiten treu zusammenzustehen. In seinem Vortrag „Vom Berechnen im Maschinenjahr“ versuchte Kollege **W i e l e m** (Bremen) den Anwesenden die Berechnung der Leistungen verständlich zu machen. Der Beifall bewies, daß hiermit eine Sache behandelt wurde, die wirklich angebracht war und manchen Kollegen Aufklärung gab, wie er seine Arbeit zu bewerten habe. Dies wurde auch in der Aussprache hervorgehoben. Kollege **J i s e p h** gab nun einen Überblick über die allgemeine gewerbliche Lage und wies darauf hin, daß der Jahresbericht des Verbandsvorstandes ein hohes Lied der Solidartät sei, namentlich wenn man die Summe der Unterstützungen verfolge. In den Ausführungen lag ein Zug von erstrebender Zuversicht für die gesamte Arbeiterbewegung, die trotz der Anfeindungen und trotz aller Stürme siegreich aus dieser schweren Krisezeit hervorgehen werde. Reichler Beifall wurde dem Redner zuteil, der mit seinen Ausführungen manchem Wandernden einen Halt gab in dieser Zeit der politischen Zerrissenheit der Arbeiter. Die Verammlung erkannte den hohen Wert der gehörten Worte und verzichtete auf eine Aussprache, um eine ungetriebene, klare Einprägung hierdurch nicht zu vermissen. Unter Punkt „Technisches“ machte der Vorsitzende einige Mitteilungen über Neuerungen an der Intertypen und über den gegenwärtigen Stand der Alptypen, mit deren fernweiser Herstellung jetzt begonnen werde. Mit einem Hoch auf den Verband fand die von 150 Kollegen besuchte Versammlung ihren Abschluß. — Nach der gemeinsamen Mittagstafel ging es durch die Straßen Odenburgs zum „Zoologischen Garten“. Abends fanden sich die Kollegen mit ihren Damen wieder im „Jubiläum“ ein, um bei Tanz und heiteren Vorträgen noch einige vergnügte Stunden zu verleben. Alles in allem: Eine wirklich schöne kollegiale Veranstaltung.

Wühl (Baden). Unsere Versammlung war gut besucht. Kollege **S c h ö p f i n** (Karlsruhe) beehrte uns mit seinem Besuch und hielt einen interessanten Vortrag über das Thema „Ruhland von heute (Selbstlebens)“. Nach der üblichen Begrüßung gedachte Vorsitzender **S e i e r** des verstorbenen Gründungsmitgliedes des Ortsvereins, des Kollegen **K a r l B e n n e r**, in ehrenden Worten. Dann entbot der zweite Gast des Abends, Kollege **K a h**, Vorsitzender der Karlsruhe Handwerker-Vereinigung, seine Grüße. Er bat, trotz der Not der Zeit die Sparte zu unterstützen und sicherte uns, zwecks Ausbaues unseres Winterprogramms, zwei weitere Vorträge zu. Nun ergriff Kollege **S c h ö p f i n** das Wort. Er schilderte zunächst die Schwierigkeiten bis zur Erteilung der Einreiseerlaubnis und betonte ausdrücklich, daß er seine Ausführungen streng sachlich halten werde, ohne Rücksicht auf seine persönliche Einstellung. Durch eingehende Erlebnisse lebendig gestaltet, erzählte er von der Reise bis Moskau und äußerte sich über die Organisation sehr anerkennend (er selbst durch das staatliche russische Reisebüro). Bemerkenswert ist ferner, daß der Ausländer, soweit er Geld bringt, willkommen ist und in sogenannten Ausländerheimen genau so mit allem Luxus umgeben ist, wie im übrigen Europa. Dann streifte er die sozialpolitischen Verhältnisse, das Ehe-, Kinder- und Kirchenproblem, gab ein Bild von der Arbeit in den Betrieben und den Wohnungsverhältnissen, kam auf den Fünfjahresplan zu sprechen und betonte, daß ein gewisser Gestaltungswille, etwas Neues zu schaffen, überall zu finden sei, daß aber trotz alledem nicht alles Gold sei was glänzt. Die Erzählung von der miterlebten Märscher und den Gesprächen mit älteren und jüngeren Proleten setzte die Anwesenden besonders stark. Den Glauben, als ob die russische Staatsform für Deutschland das allein richtige wäre, lehnte er ab mit der Bemerkung, er habe den Eindruck, daß der Deutsche infolge seiner höheren geistigen Entwicklung sich in solchen Bahnen nicht wohl fühlen würde. Zusammenfassend stellte er fest, daß Russland im Stadium der Entwicklung stehe, daß aber ein abschließendes Urteil erst nach jahrelangem, gründlichem Studium möglich sei. Reichler Beifall war der Dank für die wirklich objektiven Ausführungen.

Dresden. Am 7. September wurde eine außerordentliche Hauptversammlung des Dresdener Buchdruckervereins abgehalten, die eine reichhaltige Tagesordnung aufwies. Zuerst ergriffte Vorsitzender **S a h m a n n** Bericht über die wichtigsten Vorkommnisse der dreijährigen Amtsperiode des Vorstandes. Ein Drittel unserer Mitglieder ist vollständig arbeitslos, ein großer Teil der Kollegen arbeitet kurz — das ist die Lage im Deutschen Reich. Der Referent behandelte auch die bestehenden Mißverhältnisse beim Arbeitsamt, den namentlichen Mißbrauch bei freiverwerbenden Stellen, über den vor allem die langfristige Erwerbslosen empört sind. Leider hat sich bis jetzt an diesem Zustand noch nichts ändern lassen, trotzdem unsere Vertreter im Ausschuss beim Arbeitsamt sich die größte Mühe gegeben haben, die Unternehmervertreter von der Ungerechtigkeit dieses Verfahrens zu überzeugen. Den Mißständen im eigenen Lager, wie Überfülle, Schwarzarbeit usw., ist man in Dresden sowie im ganzen Umgebungsgebiet mit aller Energie zu Leibe gegangen, erfreulicherweise unter Mithilfe der Kollegen, so daß diese Suche bei uns nicht groß um sich fressen konnte. Viele arbeitslose Kollegen haben, durch die Not getrieben, sich selbständig zu machen versucht, um sich eine Existenz zu gründen, so daß im letzten Jahr zahlreiche Neuanmeldun-

gen von Druckereien zu verzeichnen waren. Dadurch wurde die Kontrolle in Bezug auf tarifliche und gewerliche Verstöße sehr erschwert. Auch das Arbeitsstempo und das Anreizbestehen in verschiedenen Druckereien wurde einer Kritik unterzogen. Das Arbeitslosenproblem bildet für den Vorstand nach wie vor die ernste Sorge. Aber auch die Leistungen des Ortsvereins verstand der Referent ins rechte Licht zu rufen. Immer wieder ist mit Erfolg versucht worden, die tariflichen und gewerlichen Belange unserer Kollegen nicht durchlöchern zu lassen. Erfreulich zu verzeichnen ist, daß unser Verammlungsleben stets rege geblieben ist; haben wir doch in den letzten drei Jahren 37 ordentliche Verammlungen abgehalten. Neben Vertrauensammlungsverammlungen sind auch Verammlungen für unsere arbeitslosen Kollegen abgehalten worden, um sie mit den wichtigsten Bestimmungen vertraut zu machen und mit ihnen die Fühlung aufrecht zu erhalten. Hier ist ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck zu bringen, die nach Möglichkeit Berücksichtigung fanden. Auch der Lohnabbau sowie die daraus entstehenden Differenzen wurden behandelt, desgleichen die Einstellungen von Druckereien in unserm Bereich. Die veranfaßtesten Erwerbslosenkurse sowie ihre Durchführung wurden gleichfalls erwähnt. Den Rassenbericht erstattete Kollege Schöber. Die dort befanntgegebenen Zahlen sind in den Jahresberichten 1929/31 enthalten. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Lehmann, Palm und Pfeil. Unter Punkt 3 führte der Vorsitzende aus, daß durch Verlegung des Verbandstages auf nächstes Jahr auch unser Gantag verschoben worden ist. Aus diesem Grund ist es ratsam, die Wahlen der Vorstandsmitglieder auf nächstes Jahr zu verschieben, da die Mitglieder des Gewerkschaftsrates gleichzeitig als Mitglieder des Ortsvereins amtierend. Zwei Kollegen waren in der Aussprache gegen eine Amtsverlängerung. Kollege Graue stellte den Antrag: „Die Dresdner Mitgliedschaft wolle beschließen, den bisherigen Vorstand noch ein Jahr im Amt zu belassen.“ Dieser Antrag wurde, bei Anwesenheit von über 400 Mitgliedern, gegen 10 Stimmen angenommen. Punkt 4 beschäftigte sich mit dem Ausschlußantrag gegen fünf Kollegen, die der NSD. angehören. Einer der fünf hatte sich noch vor der Verammlung schriftlich vom Verband abgemeldet. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag auf Ausschluß einstimmig angenommen. Zum Schluß beschäftigte man sich noch mit der Notverordnung. Hierzu lagen zwei Resolutionen vor. Eine wurde gegen eine größere Minderheit abgelehnt, die zweite mit großer Mehrheit angenommen: Sie lautet: „Die am 7. September verammelten Dresdner Buchdrucker erheben ihr härtesten Protest gegen die neue Papensche Notverordnung vom 5. September 1932. Diese bedeutet eine weitere Steigerung der Verelendung der arbeitenden Massen. Die Dresdner Buchdrucker geloben, diesen neuen Diktaturmaßnahmen der schaffstischen Papenregierung im Bund mit der gesamten Arbeiterklasse den härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Nur im härtesten Kampfeinsatz um den Sozialismus kann die Existenz der Arbeiterklasse gesichert und verbessert werden.“

Halle a. S. Unsere diesjährige Bezirksversammlung wurde am 28. August hier abgehalten. Nachdem Bezirksleiter Kiebsenstahl die Anwesenden begrüßt und die Tagesordnung befanntgegeben hatte, eröffnete der Gesangsverein „Gutenberg“ mit zwei auf zum Vortrag gedachten Liedern die Tagung. Der Vorsitzende dankte dem Gesangsverein und wünschte ihm gleichzeitig weitere Stärkung des Chores und gute Erfolge. Kollege Riebenstahl gab alsdann einige örtliche Mitteilungen für die Halleischen Kollegen bekannt. Bevor weiter in der Tagesordnung fortgeschritten wurde, gedachte die Verammlung in üblicher Weise der von uns durch den Tod entzehrten Kollegen. Hierzu referierte Kollege Barth (Berlin) über „Wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfragen und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterklasse“. Mit dem Ruf „Freiheit!“ grüßte er die Verammlung und übermittelte die Grüße des Verbandsvorstandes. Anfangs seiner Ausführungen betonte er, daß die Kritik nicht niederreißen, sondern aufbauen wirken möge. Kollege Barth ließ die seit einem Jahrzehnt verstrichene Wirtschaftspolitik in kurzen Zügen an den Augen der Versammelten vorüberziehen und freite dann die Zersplitterung des Proletariats. Er ging dann über zur wirtschaftspolitischen Lage, streifte die Lohnabbauwelle, die die Kollegen trotz reger Gegenarbeit der Verbandsorgane haben über sich ergehen lassen müssen und gab kund, daß die Verbandsleitung alles tun werde, um den jetzigen Zeitverhältnissen gerecht zu werden. Dem Referent ging dann über zur jetzigen Regierung und kritisierte besonders die Notverordnung, die die Arbeitslosen und Rentner ganz besonders zu spüren bekommen. Seine Ausführungen schloß der Referent mit dem Ruf: „Aufwärts zum Sozialismus, zur Einheit, zur Freiheit!“ Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Mit dem Dank an den Referenten gab Kollege Kiebsenstahl einige Hinweise tariflicher und organisatorischer Art. Der Arbeitslosenstand ergab für den Bezirk 480 Kollegen (davon in Halle 100). Kollege Kiebsenstahl verlas ein Schreiben der Regierung, worin zum Ausdruck kommt, daß unser Nachweis dem städtischen Arbeitsnachweis angegeschlossen werden soll. Die Berichte aus den einzelnen Orten ergaben fast ein und dasselbe traurige Bild der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die nächste Bezirksversammlung findet, den Zeitverhältnissen entsprechend, in Dessau oder Halle statt. Zum Schluß forderte Kollege Kiebsenstahl auf, in dieser schweren Zeit gemeinsam für die Organisation tätig zu sein. — Anschließend fand hier die noch in Halle bis zur Jagdsahrt weilenden Kollegen eine Fidejussio statt, verbunden mit Tanz, Gesangs- und humoristischen Vorträgen. Möge diese Tagung ein weiterer Ansporn sein, den Verband nach jeder Richtung hin zu stärken!

Hamburg. (Hamburgische) Nach der längeren Sommerpause hätte der Raum für unsere Bezirksversammlung am 13. September mit ihrer sehr reichhaltigen Tagesordnung nicht ausreichen sein sollen. Vorsitzender Cohn gab einleitend von dem Ableben von vier Kollegen Kenntnis, deren Ehrung in üblicher Weise vor sich ging. Dann begrüßte er die an der heutigen Verammlung teilnehmenden Hamburger Kollegen. Unter „Verammlungsmitteilungen“ gab er weiter zur Kenntnis, daß wir in der langen Pause von über vier Monaten nicht untätig gewesen seien. Am sechs Abenden beteiligten wir uns mit dem Bildungsverband an Veranstaltungen und Vorträgen. Weiter war auch hier die

Beteiligung minimal. Weiter hat der Vorsitzende die Kollegen, die Protokolle der Handfegervorstandskonferenzen, die über alle Vorgänge vom Beginn der Handfegerbewegung vor der Anerkennung durch den Verbandstag 1929 in Frankfurt a. M. unterrichten und über Zweck und Ziele der Bewegung weitere Aufklärung schaffen, zu bestellen und in den Druckereien dafür zu werben. Eine Handfegerwerbeweise findet vom 10. bis 15. Oktober statt. Über die Leistungen des Verbandes an die Mitglieder gab er dann noch den Kollegen Kenntnis. Für Unterstufungen zahlte der Verband allein 23,6 Mill. M. Das sei doch sicher ein gutes Zeichen von Solidarität und Zusammengehörigkeit. Er hoffe, daß dieser gute Geist in der Kollegenchaft noch weiter gepflegt werde. Kollege Cohn nahm dann das Wort zu einem Vortrag über „Anlage A des Tarifs“. Die Anlage A sei nicht nur für Berechner geschaffen, sie sei die Grundlage und das Fundament für alle Arbeiten. Kenntnis der Anlage sei Pflicht eines jeden Kollegen. Der Referent griff nur den hauptsächlichsten Teil heraus. Die Paragrafen 2, 8, 13, 18, 19 und 20 nahm er scharf unter die Lupe. Zum Schluß erwähnte er die Vertrauensleute, in den Betrieben dafür zu streben, daß die Anlage A mehr als bisher beachtet werde, es sei zum Vorteil für alle Kollegen und würde zum Segen durch die Sparte für unsern Verband. In der Diskussion wies Kollege Cohn auf die Notwendigkeit hin, daß die Kollegen in allen Orten sich mit der Anlage A beschäftigen. Er bat dann noch, gelesene Handfegermitteilungen weiterzugeben an Nichtmitglieder der Sparte. Von der Zentrale gehen uns in nächster Zeit Vorträge zu, die von unsern Kollegen gehalten werden sollen; damit können wir unsere Bildungsfragen selbständig behandeln, worauf die Handfeger nicht verzichten könnten. Kollege Barth verlas dann die Abrechnung vom zweiten Quartal 1932, die zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. Mehrere Kollegen gaben dem Vorstand anheim, von Zeit zu Zeit Erwerbslosenverammlungen abzuhalten. Sie versprachen sich hierzu gute Erfolge für unsere Zwecke und Ziele. Unter „Verschiedenem“ gab Kollege Cohn noch von den nächsten Verammlungen Kenntnis und forderte auf, die Wanderverammlung nach Finneberg recht zahlreich zu beschicken.

Soya. Am 4. September fand hier die Bezirksversammlung des Bezirks Alster-Weiser statt. 83 von 129 Kollegen waren erschienen. Vom Gauvorkauf war Kollege Jöcher (Bremen) anwesend. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Gaaß (Werden) wurden dem Ortsverein Soya für 25jährige Treue zur Organisation vom Bezirk, Gau und Handfegerpartie Glückwünsche überbracht. Unter „Mitteilungen“ wurden die vom Vorstand gehaltenen und vorgelesenen Beschlüsse einstimmig gutgeheißen. U. a. kann den durchreisenden Kollegen nur noch eine Warnung der Bezirksliste gesagt werden. Einige Kollegen mußten wegen Resten ausgeschlossen werden. Die Berichte aus den Mitgliedschaften zeigten das trübe Bild der Krise. Der Lohnabbau sowie die Frierengefährdung wurde in fast allen Druckorten durchgeführt. Gauvorsitzer Jöcher sprach dann über die augenblickliche Krise, von der wohl niemand sagen könne, wie sie auslaufen werde. Zum Mitleiden und Schimpfen sei aber keine Zeit. Man solle einmal richtig denken und vergleichen zwischen Buchdrucker- und anderen Organisationen. Der Buchdruckerverband steht heute immer noch gefestigt da. Mit Stolz müsse es jeden erfüllen, Mitglied einer solchen Organisation zu sein, die sich bis heute trotz aller Stürme behauptet habe, ganz besonders in finanzieller Hinsicht. Also auch für die Zukunft heißt es: Treu zur Organisation zu stehen und Vertrauen zu haben. Daß die Mitglieder das wollen, zeigte der spontane Beifall, mit dem dem Redner für seine treffenden Worte gedankt wurde. Freiheit!

Sulm. Unser Ortsverein hielt am 10. September an Stelle des ausgefallenen Stiftungsfestes eine Bezirksversammlung mit Damen ab, die, wie immer, von fast allen Kollegen besucht war. Die Damen waren auf besonderen Wunsch des Kollegen Bahnen (Berlin) eingeladen, der auch die Kollegenfrauen für seinen Vortrag „Unser Berufsarbeit in Kampf“ interessieren wollte, den er im Auftrag des Bildungsverbandes hielt. Vorsitzender W. B. u. d. begrüßte den Referenten als Preisfeinderin und alle Anwesenden. Einleitend trug Kollege Bahnen einige Gedichte von Pregel vor und kam dann zu seinem Vortrag mit dem oben genannten Thema, in dem er unsere Berufsarbeit in der Entwicklung der Zeit (1895 bis 1932) schilderte. An Hand einer ausgelegten Druckensammlung wurden uns Briefkopie aus den 90er Jahren gezeigt, die eher nach rechtschaffener Schönschreiber ausfallen, wie sich der Referent ausdrückte, als nach Buchdruckerarbeit. Weiter erwähnte er die fortschreitende Mechanisierung unseres Berufs. Schließlich richtete er noch ernste Worte an die Jungkollegen und an die Lehrlinge, die auch zur Verammlung eingeladen waren. Der Vortrag, der inhaltreich war und von allen Hören interessiert verfolgt wurde, fand großen Beifall. Zum Schluß folgten noch einige Gedichte von E. Pregel und das gemeinsam gesungene Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Kollege B. u. d. dankte dem Kollegen Bahnen für seinen schönen Vortrag und sprach den Wunsch aller Kollegen aus, ihn bald einmal wieder zu hören. Dann wurde zum gemühtlichen Teil übergegangen, in dem Buchdruckerhumor und -stimmung einmal so recht wieder zur Geltung kamen. Lange noch blieben die Kollegen in fröhlicher Stimmung zusammen.

Ratzeburg. Unsere erste Verammlung nach den Sommerferien am 3. September war sehr gut besucht, kamen doch für die Gesamtorganschaft wichtige Dinge zur Sprache. Unter „Mitteilungen“ gab Kollege Pfeil das Ableben zweier Kollegen bekannt. Eine Anzahl Restanten wurden in den „Mitteilungen“ veröffentlicht. Ferner waren in zwei Betrieben Abwehrbewegungen notwendig. So wurde in der größten Zeitungsdruckerei „Bäbische Presse“ und „Ratzeburger Tagblatt“ von der Geschäftsleitung die Entlassung von sechs Mann und sechs Stunden Kurzarbeit pro Woche veranfaßt. Die Belegschaft lehnte in einer Verammlung diese Forderungen aufs entschiedenste ab und beschloß den Streik, falls die Firma auf ihrer Forderung beharren sollte. Wie trotzdem am 24. August sechs Stunden Kurzarbeit angeordnet wurden, wurde spontan die Arbeit niedergelegt. Nach nachfolgendem Streik wurden auf dem Verhandlungsweg unter Zuziehung des Kollegen Maier erreicht, daß statt den vorgegebenen sechs Stunden

nur drei Stunden Kurzarbeit eingeführt wurden. Die Entlassungen wurden schon vorher zurückgezogen; die Streikzeit befristet. Dieser Leiterfolg konnte erreicht werden durch das einig und geschlossene Auftreten der gesamten Kollegenchaft. In dem zweiten Fall handelte es sich ebenfalls um geplante Abbaumassnahmen. Der „Volksfreund“, das sozialdemokratische Parteiorgan, verlangte einen Abbau der über-tariflichen Löhne bis zu 17,92 M. in der Woche, trotzdem die Kollegen dort schon über ein Jahr Kurzarbeit leisten. In einer Belegschaftsverammlung lehnte das Personal diese Forderung selbst ab. Bei den nachfolgenden Verhandlungen konnte deshalb kein Resultat erzielt werden, weil die Geschäftsleitung starr auf ihren Forderungen bestand und in äußerst rigoroser Weise Stellung gegen das Personal nahm. Am 24. August wurde dann einfach der Lohnabbau diktiert. Ebenso prompt hat das Personal einmütig den Betrieb stillgelegt. Nach 1 1/2 Stunden wurde die Arbeit durch Vermittlung wieder aufgenommen und neue Verhandlungen angebahnt, die ebenfalls ergebnislos verliefen. Da am 26. August die Geschäftsleitung ihr Diktat durchführte, wurde am 27. August die Arbeit nicht mehr aufgenommen, was nur auf das provokatorische Benehmen des Geschäftsführers zurückzuführen war, der sich samt dem Aufsichtsrat überhaupt nicht um eine Vermittlungsaktion bemühte. Am 29. August wurden nach langwierigen Verhandlungen in später Abendstunden die diktierten Maßnahmen zurückgenommen, worauf am andern Tag das Personal die Arbeit wieder aufgenommen hat. Hoffen wir, daß die folgenden Verhandlungen ein gutes Ergebnis bringen mögen. Ermutigt durch diese Aktionen auf Unternehmensebene hat auch die Braunkohl-Buchdruckerei die Leistungszulagen von 1 bis 4 M. pro Woche gestützt. Durch die energiegelassen Abwehrmaßnahmen der Kollegenchaft wurde aber auch bewiesen, daß sie nicht mehr gewillt ist, kampfslos alles hinzunehmen. In der ausführlichen Diskussion kam der einmütige Wille zum Ausdruck, alle Bewegungen durch Kampfmaßnahmen zu beantworten, die darauf hinauslaufen, unsere Lebenshaltung noch mehr zu verschlechtern. Einstimmig wurde der Belegschaft des „Volksfreunds“ die vollste Sympathie ausgesagt und die moralische und materielle Unterstützung versprochen. Für die gänglich ausgeführten Kollegen wurde die Erhebung eines Extrabeitrags in Höhe von 20 Pf. für Vorkarbeiter und 10 Pf. für Kurzarbeiter beschlossen. Es soll damit erreicht werden, daß langfristige erwerbslose Kollegen von der Organisation immerhin noch eine kleine Unterstützung erhalten, damit sie nicht ganz verlassen und auch weiterhin mit uns verbunden sind. Mit einem Appell an die Kollegen, den kommenden Ereignissen geschlossen und einig gegenüberzutreten, schloß der Vorsitzende die von gutem Kampfsgeist getragene Verammlung.

P. E. Köln. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Bezirksversammlung am 3. September ehrte Vorsitzender Janßen das Andenken eines Kollegen, der sich das Ableben seiner Frau zu sehr genahm, daß er den Freitod suchte. Unter „Geschäftlichem“ teilte er u. a. die Bildung eines Ausschusses mit, der allen Kollegen in Bezug auf Wohlfahrtsunterstützung beratend zur Seite stehen will. In aller nächster Zeit wird er auf dem Büro der Ortsverwaltung regelmäßige Sprechstunden abhalten. In derselben Angelegenheit gibt noch Kollege Rahn (Köln) Bericht auf dem Büro der Arbeiterwohlfahrt, Rudersstraße 9, Astenfurt, und zwar: Montags von 9 bis 12 Uhr, Dienstags von 4 bis 7 Uhr und Donnerstags von 9 bis 12 Uhr. Drei junge Kollegen, die glauben, ihr Heil und Glück in der NSDAP zu finden, würden auf Grund des 10. Art. 111 einstimmig ausgeschlossen. Ihnen wird es heute wohl schon klar geworden sein, daß vorerst immer noch in der politischen Naziküche mit Wasser getost wird und die Einlösung der demagogischen Versprechungen, an die so mancher Proletarier geglaubt hat, ins Reich der Phantasie gehört. Zum gebrauch vorliegenden Rassenbericht gab der Vorsitzende bekannt, daß unser Bezirksverwalter, Kollege Weinhold, zugunsten der Erwerbslosenfasse auf 60 M. seines Monatsgehalts vom 1. Oktober ab verzichtet; ebenfalls wurde der Lohn der Hilfskraft gesenkt. Die Entlassung wurde einstimmig. „Geistige Kämpfe in der Gegenwart“ lautete der dann von Kollegen August Kooß gehaltene Vortrag. Die nun schon Jahre dauernde politische und wirtschaftliche Krise hat die meisten Köpfe unserer Zeitgenossen derart umnebelt, daß uns als Proleten eine ruhige Betrachtung mit der notwendigen Distanz bald unmöglich erscheint und schon gewagt ist, über „Geistiges“ zu sprechen. Bei seinen Streiftätigkeiten durch die Geschichtsbücher der letzten 20 Jahre kam er auch auf das politische Gebiet, den unglücklichen Bruderkrieg und die manchmal herabsagende Würdigung der Arbeiten der Funktionäre zu sprechen. Soll die Arbeiterchaft nicht ganz und gar der Reaktion verfallen, müsse sie alle politischen Gegenstände vorerst vergessen und ein Stück Weges zusammengehen. Er forderte die Kollegen auf, auf allen Gebieten für die freigeistlichen Ideen zu wirken. Auf die Dauer werde der Geist liegen und nicht die Gewalt. Herzlicher Beifall dankte Kollegen Kooß für seine Ausführungen. Kollege Dörfler erweiterte den Vortrag und stellte die Gegenüber der bürgerlichen Gesellschaftsdeologie und der marxistischen Gesellschaftsauffassung heraus. Notwendig sei, daß das Proletariat die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge studiere, um in Gesellschaften die Abwehrkräfte gegen die nur auf ihren Profit bedachten Schichten zu sammeln. Künftigen sei alles zu betrachten; man dürfe nicht in den Fesseln verfallen, etwa der Abwicklung der Geschichte eine gewisse Vorherbestimmung zu geben, um damit keine Verantwortung von sich selbst abzuwälzen. Mit der Erlebung einiger interner Angelegenheiten fand die gut verlaufene Verammlung ihr Ende.

Witten. (Wittenfahrsbericht) Im verflochtenen Vierteljahr hielt unser Ortsverein zwei Verammlungen ab. Die Generalversammlung am 22. Juli nahm den Rassenbericht durch Kollegen Dooße entgegen, der bei der Verbands- wie bei der Ortsrats ein kleines Plus feststellen konnte. Diese seit langem nicht dagewesene erfreuliche Tatsache ist allerdings nicht auf eine Besserung der Beschäftigungsmöglichkeit zurückzuführen, vielmehr darauf, daß immer mehr Kollegen in der Unterstützung ausgefordert werden. Kollege Zumeister hatte in dankenswerter Weise einen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage“ übernommen. Im ersten Teil behandelte er die Rassenlage des Verbandes, speziell die Ausgaben für Unterstützungen. Die

gewaltigen Leistungen auf diesem Gebiet dürften jedem Kollegen die Kraft unserer Organisation und die Solidarität innerhalb der Kollegenschaft vor Augen geführt und überzeugt haben, daß die Organisation stark genug sein wird, diese Krise zu überwinden. Den zweiten Teil widmete der Referent der politischen Lage im Reich. Angefaßt der bevorstehenden Reichstagswahl nahm er die Gewaltmaßnahmen der Freiheitsregierung gegen das arbeitende Volk und das allgemeine Gehren der NSDAP. und der sonstigen Feinde der Arbeiterschaft unter die Lupe. Die Ausführungen fanden förmlichen Beifall und blieben auch den letzten Kollegen von der Notwendigkeit des engeren Zusammenhanges der gesamten Arbeiterschaft überzeugt haben. Unter „Beratungsangelegenheiten“ kam das Bestreben der Firma Hammer (Kartongangfabrik) zur Sprache. Kollegen zum niedrigeren Kartongangtarif einzuführen. Zwei länger arbeitende Kollegen lehnten ein entsprechendes Angebot erfreulicherweise ab, während ein jüngerer der Firma auf den Heimweg zog. Das letzte Wort ist hierin noch nicht gesprochen. — Die Versammlung am 9. September nahm einen Vortrag des Kollegen B u r m e i s t e r über den Stand der Arbeitslosenversicherung entgegen. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes nach der letzten Papenverordnung, das Einspruchsverfahren, die Hilfsbedürftigkeitsprüfung, die Richtigkeits- und Berufshilfsverfahren, persönliche und drückende Verhältnisse wurden erläutert. In dem Wirrwarr der Notverordnung ist es dem einzelnen einfach unmöglich, sich zurechtzufinden. Man hätte daher, obgleich die Versammlung gut besucht war, die reifliche Anwesenheit der erwerbslosen Kollegen erwarten dürfen. Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, allen Erwerbslosen, die einen entsprechenden Wunsch äußern, auf Kosten des Ortsvereins die Broschüre „Die Verortung der Arbeitslosen“ von Spiliet und Broecker zu liefern. Wegen Zugehörigkeit zur NSD. wurde ein Kollege dem Gauvorstand zum Ausschluss empfohlen. Dieser trat in einem Schreiben an den Vorstand gelobt, dem Grundsatz seines „großen Führers“ Hitler: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, treu zu bleiben. Diese Selbstverpflichtung sollte größte Heiterkeit aus, als festgestellt wurde, daß dieser merkwürdige „Gemeinnutz“ bei uns Unterstützung bezog, als er von der Stadt mit sogenannter Wohlfahrtsarbeit beauftragt wurde. Die Erhebung des Erwerbslosen für unsere ausgezeuerten Kollegen wurde auch für das kommende Vierteljahr einstimmig beschlossen. Der Ortsverein ist dadurch in der Lage, auch denen, die überall ausgezeuert sind, noch eine kleine Unterstützung zu gewähren und damit das Gefühl der Verbundenheit zwischen den Erwerbslosen und der Organisation zu dokumentieren.

Miltenberg. (H a n d l e h e r.) Am 4. September hielten wir in Neumarkt i. Opf. mit den Kollegen von Regensburg und Neumarkt unsere sechste W a n d e r e r s a m m l u n g ab. Vorsitzender S a u e r begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Kollegen von Neumarkt und Regensburg, unsere Ortsvorstände Kollegen Grösch und Kollegen Bergmann. Ein Gildwunschkollegium vom Gau Bayern, geleitet von Kollegen Kumpf (München), wurde bekanntgegeben. In seinem nun folgenden Referat über das Thema „Unser gegenwärtiger Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft“ schilderte Kollege G r ö s c h den Aufbau der Arbeiterbewegung seit der Räterei bis heute. Im weiteren Verlauf des Referats kam er auf die Schaffung, der sozialen Einrichtungen, Sozialversicherung, Arbeitslosenfürsorge, Wahlrecht, Betriebsrätegesetz, zu sprechen. Die größte Erregungspunkt war der Aufbau des Tarifrechts und die Einführung des Achtstundentages. Heute, nachdem alle diese Einrichtungen schon 12 Jahre bestehen, soll durch das kapitalistische System und die politische Reaktion alles wieder abgehandelt werden. Der Gegenkampf der Arbeiterschaft ist ein sehr harter geworden. Nach der Kritik der Papen-Notverordnungen betonte der Referent, daß es heute nicht um Parteien geht, sondern um das eigene Ich. Wenn jeder seinen Mann an seinem Platz stelle, so würden die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt bleiben und der Freiheitskampf die deutsche Arbeiterschaft zur führenden Klasse bringen. Lebhafte Beifall und der Dank an den Referenten bildeten die äußere Anerkennung. Vorsitzender S a u e r erläuterte dann in kurzen Zügen Bericht von der fünften Vorstandskonferenz. Damit war die Tagesordnung im wesentlichen erledigt. Der Vorsitzende statuierte den Regensburger Kollegen noch Dank ab für ihre Blumenpenden und wünschte dem Tag einen weiteren guten Verlauf. Dann ging man zur Besichtigung der Druckmaschinenausstellung der Ortsgruppe Miltenberg des Bildungsverbandes über, zu der Kollege B e r g m a n n die Erläuterungen gab. Hierauf folgte ein gemeinsames Mittagessen. Nachmittags besah man die Stadt und ihre Umgebung, und von 4 Uhr ab bis zum Abgang des Zuges verlebte man die Stunden bei Musik und Tanz in kollegialer Unterhaltung. Besonders erwähnt muß werden, daß zwei Neumarkter Genossen den Abend durch Gedichte und herrlichen Gesang verbrachten. Alles in allem, eine schwer zu vergebende Wanderversammlung! — Im Rahmen der Arbeitgemeinschaft für Buchdruckerbildung Miltenberg-Silktz sprach am 1. September Kollege A l b i n u s (Frankfurt a. M.) über das Thema „Gedanken über Mechanisierung, Typisierung und Rationalisierung“.

gz. Schleswig. Nach längerer, schon zur Tradition gewordenen Sommerpause hatte unser Ortsverein zu einer W e r s a m m l u n g eingeladen. Der Besuch war allerdings nur schwach. Das Hauptinteresse nahm wieder die Finanzfrage in Anspruch. Die Ortstafel ist in den letzten Monaten sehr stark in Anspruch genommen worden, was zu einem sehr großen Teil auf den Ansturm durch ausgezeuerte durchreisende Kollegen zurückzuführen ist. Einnahmen und Ausgaben decken sich nicht mehr. Es muß irgendwo eingespart werden. Hin und her war schon beraten worden, Möglichkeiten wurden in Erwägung gezogen. Aber alles erwies sich als negativ, da schon sämtliche Ausgaben seit langem gedehnt werden. Eine Beitragserhöhung kann der Kollegenschaft unter den heutigen Verhältnissen nicht zugemutet werden, in der Versammlung war hierfür auch keine Stimmung. Also blieb schweren Herzens, aber gedrängt von Verantwortlichkeit, nur eine Herabsetzung des Ortsbeitrages an ausgezeuerte durchreisende Kollegen übrig, das sich bisher immer noch über die Durchschnittshöhe der umliegenden Ortsvereine erhob. Die übrigen Punkte der Tagesordnung hielten sich in dem üblichen Rahmen und hatten mehr oder

weniger drückenden Charakter. Auf besonderen Wunsch des Vorstandes waren auch Besichtigungsangelegenheiten auf die Tagesordnung gesetzt worden, um die Kollegenschaft auch hier auf dem laufenden zu halten. Auch in Zukunft soll dies des öfteren geschehen. Da vom Gau aus in diesem Jahre keine Veranstaltungen getroffen werden konnten, hatten sich auf Initiative der Schleswiger Lehrkingsabteilung die Jungkollegen aus Helde, Eckernförde und Schleswig zu einem Jungbuchdruckerfest in Schleswig zusammengeschlossen. Die Beteiligung von Eckernförde und Schleswig hätte besser sein können, während Helde bis auf den allerersten Mann vertreten war. Im Gesamtbild ist dieser Besuch der Arbeiterschaft, arbeitend dennoch ein verheißungsvoller Anfang für eventuell noch folgende ähnliche Veranstaltungen. Autofahrt, Handballspiel, Bwakieren in Zelten mit dem üblichen Drum und Dran, Motor- und Segelbootfahrt auf der Schlei, Strand- und Lagerleben, bei Spiel und Sport und Tummeln im nassen Element, Wanderung usw. waren die einzelnen Etappen dieses Jungbuchdruckerfestes. Manche Photoaufnahme zeugt noch von schönen Epochen, deren Eindruck sich aber auch ohnehin bei allen Teilnehmern nicht so leicht verwischen läßt.

Waldenburg i. Schl. (H a n d l e h e r.) Zur Eröffnung des Winterprogramms der Arbeitgemeinschaft Handsegervereintigung und Bildungsverband wurde am 2. September im Vereinszimmer des Bahnhofs Kitzbühler im Vortrag vom Handsegervereintigten Kollegen W i l f e l g e h a n t. Das Thema „Die Anblow und Erdb und deren Arbeitsgebiete“ brachte für jeden Kollegen allerlei Wissenswertes von den beiden neuen „Eisernen Kollegen“. — Am 4. September fand unser B e z i r k s v e r s a m m l u n g in Tannhausen statt. Nach Erstattung der Geschäftsberichte referierte Kollege S i e l s c h e r über das Thema „Der Handseger von gestern, heute und morgen“. Der Referent behandelte in der Hauptsache die kollegiale Gesehligkeit. Ausgehend von der Erfindung der Buchdruckerkunst bis zur heutigen Zeit kam festgestellt werden, daß die Kollegialität heute nicht mehr die ist, wie vor 30 bis 40 Jahren und noch früher. Das Tempo der Zeit und die wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten dem Buchdrucker nicht mehr, so seine Gesehligkeit zu pflegen wie es einstens der Fall war. Im großen und ganzen hat das Referat allgemein befriedigt. In der Diskussion sprach Kollege S i m m e r (Schweidnitz) für die alte (schwäbische) Gesehligkeit und Kollege T y p f e r (Waldenburg) für die neue (porkische) Gesehligkeit. — Nach der Mittagsstunde unternahm die Kollegen einen Spaziergang nach dem nahegelegenen herrlichen Bad Charlottenbrunn.

Worms. Der 11. September fand beinahe 80 Prof. des Bezirks per Räder (außer einem Opewagen) auf dem Weg nach Heppenheim a. B. zur B e z i r k s v e r s a m m l u n g. Der Besuch war demgemäß auch gut. Die Versammlung erzieht zunächst das Ablesen eines Kollegen. Eine nachträgliche Aufnahme wurde getätigt. Die Verhältnisse Rechnung tragend, wurde die Wahlumsauszahlung in Heppenheim aufgehoben; diese wird für den ganzen Bezirk nur noch in Worms erfolgen. Die Quartalsabrechnung lag gedruckt vor und wurde zum Leidwesen des Vorstandes ohne jegliche Kritik angenommen. Die Bewegungstafel meldet von 181 Kollegen 63 Erwerbslose, von denen der größte Teil bereits ausgezeuert ist. „Die Sozialversicherung unter Berücksichtigung der Notverordnungen“ bildete das Thema zum nun folgenden Referat des Herrn Dr. M e m m e n (Darmstadt), Präsident der Landesversicherungsanstalt für Hessen. Obwohl heute ein sehr schwieriges Problem für den Laien, führte der Referent in sehr verständlicher Art die gesamte Sozialversicherung in ihren einzelnen Teilen, wie Invaliden-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung usw., vor, insbesondere auch, welche Einwirkungen darauf von den einzelnen Notverordnungen erfolgten und was noch übrig blieb. Der Ausklang endete mit der Ermahnung, daß die Arbeiterschaft sich sammeln muß, um den Kampf aufzunehmen mit allem Entz, da ja die gesamte Sozialversicherung dem Unternehmertum schon lange ein Dorn im Auge ist und weil Verlorenes nicht so bald wieder aufgeholt werden kann. Reicher Beifall dankte dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen, an die sich keine Diskussion angeschlossen, sondern nur noch einige wichtige Anfragen. Im weiteren wurden fünf Kollegen zum Ausschluß gestellt nach den Sätzen § 10, Absatz a, c und d. Die Versammlung gab in einstimmiger Weise diesen Ausschüssen ihre Zustimmung. Am die späte Mittagsstunde fand die gut besuchte und anregende Versammlung ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Notverordnungsabstufungen. Wegen Tarifsohnkürzungen auf Grund der Notverordnung vom 6. September ist das Personal der Buchdrucker E n t e in K o t t b u s in den Streik getreten.

Sprachkurse in Groß-Berlin. Anfang Oktober beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins (Abendkurse für jedermann) neue Anfängerkurse für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gesehligkeit beginnt ein Kursus für „Einheitssteno-graphie“ sowie „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Minidinde und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwörterbuch, „mir oder nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Dedung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 2 M. erhoben, Erwerbslose zahlen 5 M. Die Bezeichnung werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin N 24, Friedrichstraße 134 (nahe S- und U-Bahn Friedrichstraße). Das Schulbüro ist werktäglich, außer Sonnabenden, von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Anzahl der deutschen Zeitchriften. Durch die Tätigkeit der Deutschen Bibliothek, die als einzige unter den Bibliotheken die Aufgabe hat, das deutschsprachige Schrifttum vollständig zu sammeln, ist es möglich geworden, den Umfang und die Vielgestaltigkeit dieses Schrifttums zu über-

schauen. Wie die Anstalt festgestellt hat, beträgt die Zahl der deutschsprachigen Zeitchriften Ende September 30 186, von denen 17 104 Zeitchriften im engeren Sinn des Wortes sind, 14 162 jährliche Periodika und 7830 Serien. Die Statistik berücksichtigt neben den Erscheinungen des Buchhandels auch alle Veröffentlichungen, die außerhalb des Buchhandels erfolgen.

Beschleppungsmanöver gegen das Volksbegehren. Bereits am 12. September ist vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ein Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der Papen-Notverordnung beim Reichsminister des Innern eingereicht worden. Dennoch hat sich die Reichsregierung bis jetzt nicht veranlaßt gesehen, die Zulässigkeit des Antrags zu erklären. Neben der Sozialreaktion, der das Volksbegehren natürlich besonders unangenehm ist, hat die Reichsregierung, wie schon so oft in kritischen Situationen, in den Kommunisten einen Bundesgenossen gefunden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die kommunistische Presse nicht gegen das beantragte Volksbegehren steht. Obwohl der Zweck der Aktion nur der ist, den unmittelbaren Kampf der Arbeiterschaft gegen Tarifsohn- und Lohnsenkung durch Volksbegehren und Volksentscheid zu unterstützen und zu fördern, sabotiert die kommunistische Presse davon, daß das Volksbegehren die Arbeiter und Angehörigen, „von dem unmittelbaren Kampf gegen den Lohnraub in der Notverordnung abhalten“ soll. Man wolle den Volksentscheid erst durchführen, wenn sich die Zerkümmern des Tarifrechts und die Lohnsenkung bereits ausgewirkt hätten. Eine größtenteils Verdröhnung und Verfälschung ist kaum denkbar. Es geht eben bei den Kommunisten auch in dieser Frage nach dem alten „bewährten“ Grundlag: Alge nur selte drauf los, etwas wird schon hängen bleiben. Da sie positive Arbeit überhaupt nicht zu leisten vermögen, kommt es ihnen nur darauf an, Stimmung zu machen. Aberall, wo die Unternehmer die Notverordnung zum Anlaß von Lohnsenkungen nehmen, sehen sich die Arbeiter und Angehörigen entkommen dagegen zur Wehr. Trozdem entblenden sich die Kommunisten nicht, der Reichsregierung Hinfestellung zu leisten bei der Durchführung ihrer Pläne. Ein neuer Beweis dafür, daß es ihnen nicht auf die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus ankommt, sondern auf die Zerkümmern der Gewerkschaften, des einzigen Bollwerks der Arbeiterschaft.

Zum Problem der internationalen Arbeitszeitverkürzung. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts trat am 22. September in Genf zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um zur Frage einer internationalen Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen. Nach festigem Wiederband der Unternehmervertreter und des Vertreters der englischen Regierung wurden in der Schlußabstimmung mit 16 Stimmen der Arbeiter, Regierungsvertreter und des italienischen Unternehmers Dittreit gegen 6 Stimmen der Unternehmer und des englischen Regierungsvertreters die Entschlüsseungen über die Ausarbeitung eines Abkommens für die Vierzigstundenwoche und die Ratifizierung der schon bestehenden Arbeitszeitkonventionen angenommen. Die paritätische technische Kommission zur Ausarbeitung des Abkommenswurde wird im Januar 1933 zusammenzutreten. Dazu werden auch die außerhalb der Arbeitsorganisation stehenden Länder eingeladen werden, z. B. Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten. Der französische Regierungsdirektor legte noch eine Entschlüsseung vor, in der die Regierung aufgefordert wurde, die bereits bestehenden Arbeitszeitabkommen umgebend zu ratifizieren, also das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag, das Abkommen über die Arbeitszeit im Handel und das über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Endlich soll das gemischte Arbeitszeitkomitee der Europa-Kommission so rasch als möglich einberufen werden, um zu den noch von Albert Thomas vorgefertigten internationalen öffentlichen Arbeiten zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit endgültig Stellung zu nehmen.

Über die internationalen Unternehmerverbände. Das Internationale Jahrbuch über 1931 enthält wieder umfangreiches Material über das immer mehr anwachsende Organisationsgebiet der Sozialbewegung auf internationaler Grundlage. Aber die internationale Gewerkschaftsbewegung wird ausführlich berichtet. Auch über die internationalen Verbände der Unternehmer enthält das Jahrbuch interessantes Material. Die Spitzenorganisation der überstaatlichen Unternehmerverbände ist der Internationale Verband der industriellen Arbeitgeber. Aber die Tätigkeit dieser Organisation erfährt man nichts. Es wird berichtet, daß im Verhältnis die üblichen Zusammenkünfte stattfinden. Die katholischen Unternehmerverbände Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und der Tschechoslowakei haben beschlossen, eine ständige Stelle zur Veranstaltung internationaler Kongresse ihrer Verbände zu schaffen. Von katholischen Unternehmerverbänden innerhalb Deutschlands ist bis jetzt noch wenig bekannt geworden. Hierzu haben wir von konfessionellen Unterschieden innerhalb der Unternehmerverbände noch nichts gemerkt. Das Jahrbuch berichtet weiter über den Internationalen Kongreß der Baumwollindustrie, den Internationalen Verband für Bauwesen und öffentliche Arbeiten, den Internationalen Verband der Seidenindustrie, die Internationale Konferenz der Metallindustrie und die Zusammenkunft der Unternehmerverbände für die nordischen Staaten. Interessant ist es, zu beobachten, daß bereits in fast allen Industrieländern Unternehmerverbände bestehen oder solche gegründet werden. Das Jahrbuch enthält Material über die Unternehmervereinigungen in 18 verschiedenen Ländern. Aberall ist ein reges Verbandsleben zu beobachten. Die Angaben sind auch hier naturgemäß sehr kurz. Immerhin geht daraus hervor, daß die Unternehmer selbst in zurückgebliebenen Ländern, wie Bulgarien, Rußland, Indien usw., sich zu Landesorganisationsvereinigungen zusammenschließen, um mit Hilfe von geschlossenen Organisationen ihre Interessen zu verteidigen. Das liberale Zeitalter scheint überall sein Ende erreicht zu haben. In allen Gegenden der Erde wird versucht, durch den Zusammenschluß zerstückelter Kräfte organisatorische Machtkomplexe zu schaffen. Das Internationale Arbeitsamt hat auf das Organisationswesen der Industrie befruchtend eingewirkt. Nach und nach bilden sich überall feste Fronten zwischen Kapital und Arbeit. Für die Gewerkschaftsbewegung aller Länder muß aus der Entwicklung der inter-

nationalen Unternehmerverbände der Schluß gezogen werden, daß es keineswegs an der Zeit ist, die Hände in den Schoß zu legen. Es ist leichter, die weit geringere Zahl der Unternehmer in geschlossenen Organisationen zu sammeln, als die viel größere Menge von Arbeitern und Angestellten zusammenzufassen.

Konsumgenossenschaftliche Reichsverbände. In der Zeit vom 1. bis 16. Oktober d. J. findet die zweite konsumgenossenschaftliche Reichsverbände statt. Die Konsumgenossenschaften stehen gegenwärtig in einem besonders heftigen Abwehrkampf gegen die konsumverfeindlichen Bestrebungen des Mittelstandes, der hinter ihm stehenden kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen und der privatwirtschaftlich eingestellten politischen Parteien.

Ein begrüßenswerter genossenschaftlicher Plan. Der Nordische Genossenschaftsverband, dem die konsumgenossenschaftlichen Organisationen Schwedens, Dänemarks, Finnlands und Norwegens angegliedert sind, bemühte sich in der letzten Zeit, besonders dem Punkt 5 seiner Satzungen Rechnung zu tragen, der den gemeinschaftlichen Erwerb von Produktionsstätten für die genossenschaftliche Güterverforgung vorsieht.

Wiederintraffung von Lebensversicherungen. Um die zahlungsunfähigen Versicherten nicht zum Rückfall ihrer Versicherung zu verleiten und damit den Verlust eines Teils der eingezahlten Beiträge zu verhindern, und von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß auch der zahlungsunfähige Versicherte den Versicherungsschutz braucht (vielleicht dringender als der zahlungsfähige), hat die "Volksfürsorge" die Einrichtung der prämiertreuen Versicherung.

Kleine politische Zeitnotizen. Von der Reichsregierung wurde unter dem 25. September ein neuer politischer und wirtschaftlicher Zwölfmonatsplan angekündigt. Die Beratungen über das landwirtschaftliche Hilfsprogramm im Reichskabinett sind abgeschlossen.

Nur wer den Bericht unseres Verbandes über das Jahr 1931 aufmerksam gelesen hat, ist zuverlässig unterrichtet über Wert und Kraft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

durch die Gründung einer "Nationalistischen Deutsch-revolutionären Arbeiterbewegung". - Wegen steigender Geldnöte der Nazi- und innerer Zwistigkeiten gelang eine Reihe von sogenannten Stürmen zur Auflösung. Es wird bereits um Geldspenden gebettelt für unveränderten Aufrechterhaltung der Stürme, ihrer Berpflegungsmöglichkeiten usw.

Wichtige Eingänge

"Die Wiederabfassung der Hausinspektoren". Auf Grund der Verordnung vom 29. August 1932 und der neuen Ausführungsbestimmungen muß Anstellung zur Durchführung des gesamten Verbandes einschließlich aller Reichsämter, unter Berücksichtigung der ortsrechtlichen Bestimmungen vom 29. Juni 1932, bearbeitet von Reichsdirektor A. D. und Folgen, Steuerabverhandlung.

"Der Arbeiter". Vierteljahrsschrift. Heft 101 von Dr. Karl Schröder, 8. Jahrgang 1932, Heft 4, Sonderheft "Arbeiter". Verlag "Der Arbeiter", G. m. b. H., Berlin SW 61.

"Die Scholle". Organ des Verbandes Deutscher Sebler und Kleinbauern, e. V. Nr. 13, erscheint am 1. und 15. jeden Monats im eigenen Verlag, Berlin SW 49, Einzeltage 6 Pf.

"Ein". Nachrichtenblatt der Eintr. Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfallenshautes, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 19, Bücherverl. Straße 80-82, Heft 1, 3. Jahrgang.

"Der Arbeiter". Vierteljahrsschrift. Heft 101 von Dr. Karl Schröder, 8. Jahrgang 1932, Heft 4, Sonderheft "Arbeiter". Verlag "Der Arbeiter", G. m. b. H., Berlin SW 61.

"Die Scholle". Organ des Verbandes Deutscher Sebler und Kleinbauern, e. V. Nr. 13, erscheint am 1. und 15. jeden Monats im eigenen Verlag, Berlin SW 49, Einzeltage 6 Pf.

"Ein". Nachrichtenblatt der Eintr. Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfallenshautes, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 19, Bücherverl. Straße 80-82, Heft 1, 3. Jahrgang.

"Der Arbeiter". Vierteljahrsschrift. Heft 101 von Dr. Karl Schröder, 8. Jahrgang 1932, Heft 4, Sonderheft "Arbeiter". Verlag "Der Arbeiter", G. m. b. H., Berlin SW 61.

"Die Scholle". Organ des Verbandes Deutscher Sebler und Kleinbauern, e. V. Nr. 13, erscheint am 1. und 15. jeden Monats im eigenen Verlag, Berlin SW 49, Einzeltage 6 Pf.

"Ein". Nachrichtenblatt der Eintr. Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfallenshautes, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 19, Bücherverl. Straße 80-82, Heft 1, 3. Jahrgang.

"Der Arbeiter". Vierteljahrsschrift. Heft 101 von Dr. Karl Schröder, 8. Jahrgang 1932, Heft 4, Sonderheft "Arbeiter". Verlag "Der Arbeiter", G. m. b. H., Berlin SW 61.

"Die Scholle". Organ des Verbandes Deutscher Sebler und Kleinbauern, e. V. Nr. 13, erscheint am 1. und 15. jeden Monats im eigenen Verlag, Berlin SW 49, Einzeltage 6 Pf.

"Ein". Nachrichtenblatt der Eintr. Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfallenshautes, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 19, Bücherverl. Straße 80-82, Heft 1, 3. Jahrgang.

"Der Arbeiter". Vierteljahrsschrift. Heft 101 von Dr. Karl Schröder, 8. Jahrgang 1932, Heft 4, Sonderheft "Arbeiter". Verlag "Der Arbeiter", G. m. b. H., Berlin SW 61.

"Die Scholle". Organ des Verbandes Deutscher Sebler und Kleinbauern, e. V. Nr. 13, erscheint am 1. und 15. jeden Monats im eigenen Verlag, Berlin SW 49, Einzeltage 6 Pf.

"Ein". Nachrichtenblatt der Eintr. Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfallenshautes, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 19, Bücherverl. Straße 80-82, Heft 1, 3. Jahrgang.

"Der Arbeiter". Vierteljahrsschrift. Heft 101 von Dr. Karl Schröder, 8. Jahrgang 1932, Heft 4, Sonderheft "Arbeiter". Verlag "Der Arbeiter", G. m. b. H., Berlin SW 61.

"Die Scholle". Organ des Verbandes Deutscher Sebler und Kleinbauern, e. V. Nr. 13, erscheint am 1. und 15. jeden Monats im eigenen Verlag, Berlin SW 49, Einzeltage 6 Pf.

"Ein". Nachrichtenblatt der Eintr. Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfallenshautes, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 19, Bücherverl. Straße 80-82, Heft 1, 3. Jahrgang.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5, Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1191, 3141 bis 3143, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Geschäftsstellen und Beamten, 1/19, Berlin S 13, Ballstraße 6, Postfachkonto Berlin Nr. 1023 57 19, Edwinstraße.

Geldbinden in den "Kor." auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10 unter "Postfachkonto des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker" Berlin SW 61.

Statistikarten einsehen! Zentrale Einlieferungsform für September 8. Oktober, Eintrag für die Jahlung der Arbeitslosen 24. September. Auf richtige Anfertigung ist zu achten.

Abtreffenveränderungen

Gumbinnen, Vorsitzender und Kassierer: Kurt Zisch, Schulstraße 9, I (Hinterhaus), Wansbeker, Abtreffenveränderung Gau Nr. der Gau-Korrespondent: Hermann Zisch, Magdeburger, Bahnhofsstraße 10, v. IV.

Sue Aufnahme gemeldet

(Eingemeldet innerhalb 14 Tagen an die folgende Adresse): Im Gau Oberhavel der Maschinenver. u. u. m. g. I. e. r. o. f. geb. in Ballerstedt (Mann) 1912, ausgal. dt. 1929; war noch nicht Mitglied. - Wilhelm Heibel in Freiburg i. W., Schwabenstraße 2.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Gauverwaltung. Die Funktionäre werden ersucht, auf den Reisenden Drucker D o s e v. P o l s c h e, geboren in Littau (Lithuaniens), besonders zu achten. P. ist weder Mitglied des Verbandes in der Reichsliste, noch Mitglied des deutschen Verbandes. Vor längerer Zeit ist bereits von P. gemeldet worden. Jetzt erscheint P. wieder in unsern Abrechnungen als Reisender. Einmal wird P. gemeldet als am 28. August 1932 Ausgeteilter, das andere Mal wird P. gemeldet ohne Angabe einer Nummer, neuerdings erfolgt eine Meldung von P. unter der Hauptnummer 21 507, die von einem anderen Kollegen befreit ist. In allen diesen Fällen hat P. Unterstützung erhalten; er wird also im Besitz von ungenutzten Arbeitslosen sein. Wir bitten, diese Ausweispapiere abzunehmen und dem Verbandsvorstand einzuhandeln. Auf keinen Fall darf dem P. Unterstützung gezahlt werden.

Der auf der Reise befindliche Kollege G o r g a n o s i (Hauptnummer 60 708) aus Litzow wird dringend ersucht, den in seinem Besitz befindlichen Fotoapparat dem rechtmäßigen Besitzer, seinem bisherigen Mitreisenden Alfred Provoval nach Weiden (Oberfr.) zu übergeben. P. hat den Apparat im Weiteren aus dem Verkehr zu ziehen, hat den Verbandsvorstand Mitteilung über die Erledigung der Sache zu machen.

Geistl. Arbeiter i. Thür. In den Bezirksorten Wöhlitz und Schmöln kann infolge ungenügender Reiseverhältnisse ein Platz für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr besetzt werden.

Westen (S.). Dem auf der Reise befindlichen Schriftleiter Rudolf Müller aus Westen, S. (Hauptnummer 5986) ist kein Verbandsbuch (Schlüssel Nr. 720) angedient worden. Er wurde, nachdem er sich in Weiden (O.) 7473 ausgereicht, das auf dem Postwege Berlin - Weiden ebenfalls verloren ging. Bitte Müller werden hiermit für unguiltig erklärt und sind bei Wiederankunft an die Gauverwaltung einzuhandeln.

Wiesbaden. Die auf der Reise befindlichen Durchreisenden sind ersucht, die Auszahlung möglichst in der Volksbuchhandlung Wollstraße 11a, Diadomenstraße, "Rattumkammer" werden abzugeben.

Witten (S.). Infolge der vielen Durchreisenden und der großen Arbeitslosigkeit am Ort sind wir mit unsern Kollegen in Schwierigkeiten geraten, so daß wir das Platzamt für ausgereichte Durchreisende ab Oktober von 1. Nr. auf 60 Pf. herabsetzen müssen. Die Auszahlung desselben kann nur noch vorläufig von 9 bis 10 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr erfolgen.

Witten. Wegen schlechter Reiseverhältnisse (von 33 Mitreisenden) bitten wir Zeit nur 6 Mitglieder (mit) sind wir selber vorläufig nicht mehr in der Lage, das Ortsgebiet an durchreisende Kollegen aufrechtzuerhalten und stellen die Auszahlung mit dem 1. Oktober ein.

Berufungskalender

Dresden. Druckerverammlung Sonnabend, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, im "Volkshaus" (Saal 1). Bezirk Dresden. Druckerverammlung Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Straßburg.

Auß dem Inhalt der vorliegenden Nummer 78

(28. September 1932) Artikel: Zur Vorbereitung vom 5. September. - Die Höhe in der Krise. - Konjunkturmerkmale in der Welt? - Aktualität Reichsfinanzminister Dr. Brüning. - Bremen (M.-S.). - Wist (Haben). - Dresden. - Halle a. d. S. - Hamburg (S.). - Sona. - Suisun. - Karlsruhe. - Wien. - Wöhlitz. - Wittenberg (S.). - Schlesien. - Waldenburg (S.). - Worms. - Nürnberg. - Notwendigkeit der Reichsliste. - Spandauer. - Die Reichsliste. - Antrag der deutschen. - Verleumdungsabwehr gegen das Volksgesetz. - Zum Problem der internationalen Arbeiterversicherung. - Über die internationalen Unternehmerverbände. - Konsumgenossenschaftliche Reichsverbände. - Ein begrüßenswerter genossenschaftlicher Plan. - Wiederintraffung von Lebensversicherungen. - Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengespaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Gewerkschaftsmittglied
denke daran Jeder Handlungsgewerkschaft oder Bureauangestellte - männlich oder weiblich - gehört in den freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten
Schweizerdegen
Berliner W-Trio
Blasebalg
Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5

Anzeigen

Zur Maschinenhebe
Zur Drucker
Kleinstertopi
Zur Maschinenhebe
Zur Drucker
Kleinstertopi
Zur Maschinenhebe
Zur Drucker
Kleinstertopi

Annahmefluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den "Korrespondent" möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Willelm Hamann
Zur Maschinenhebe
Zur Drucker
Kleinstertopi
Zur Maschinenhebe
Zur Drucker
Kleinstertopi